

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 2,50 M. monatlich 1,10 M.
Wochenpreis 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgeheilene Kolonelle
oder deren Raum 30 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Rechenschafts-Anzeigen 30 Pf.

Telegraphisch-Adressen
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 7. September 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Undauernde Kämpfe am Sereth-Flusse.

U-Bootskrieg.

Berlin, 6. September. (W. Z. V.) Amtlich. Laut Mel-
dung eines unserer U-Boote, das mit dem U-Boot „U 27“ auf See
zusammengetroffen ist, hat letzteres Boot etwa am 10. August

Am 18. August, 7 Uhr nachmittags, ist wiederum ein deutsches
Unterseeboot von einem englischen Passagierdampfer mit Geschützen
beschoßen worden. Das U-Boot hatte versucht, den im Bristol-Kanal
angetroffenen Dampfer durch einen Warnungsschuß zum Anhalten
zu bringen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

London, 6. September. (W. Z. V.) Nach einer Meldung von
Oslo ist die norwegische Dreimastbarke „Glim“ ver-
senkt und die Besatzung von 14 Mann heute früh wohlbehalten
gelandet worden.

London, 6. September. (W. Z. V.) Der deutsche Dampfer
„Fro“ ist versenkt worden. Der Kapitän und 18 Mann der
Besatzung wurden gerettet.

London, 6. September. (W. Z. V.) Meldung des Reuter-
Bureaus. Der englische Dampfer „Cymbeline“
ist versenkt. Einunddreißig Mann von der Besatzung
wurden gelandet, sechs sind tot, sechs verwundet.

Abermals ein Passagierdampfer torpediert?

London, 5. September. (W. Z. V.) Das Reutersche Bureau
meldet aus Queenstown: Der britische Dampfer
„Hesperian“ von der Allantlinie (10 920 Tonnen) mit
sechshundert bis siebenhundert Fahrgästen an Bord,
wurde gestern Abend bei Fasnet torpediert. Er sank nicht. Die
Schiffbrüchigen kamen ohne Verletzte in Queenstown an. — Eine
Dionysmeldung besagt: „Hesperian“ torpediert, Kapitän und
zwanzig Mann der Besatzung blieben an Bord, die Fahrgäste und
ein Teil der Besatzung wurden in Queenstown gelandet. Hilfe
wurde entsandt. Man hofft, den Dampfer in den Hafen schleppen
zu können.

Wichtig des W. Z. V.: Es wird gut sein, zunächst eingehendere
Meldungen abzuwarten, ob überhaupt und unter welchen
Umständen eine Torpedierung der „Hesperian“ erfolgt ist.)

Amsterdam, 6. September. (W. Z. V.) Ein hiesiges Blatt
meldet aus New York: Der „Hesperian“ befand sich
auf der Ausreise. Unter den 314 Passagieren befanden
sich Major Varros, 12 Offiziere und 35 Mann
eines kanadischen Bataillons, die alle ver-
wundet waren und zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit
nach Kanada zurückkehrten. Der Major erzählt, daß er zehn
Minuten vor halb neun Uhr Abends mit einigen Offizieren
auf Deck saß, als plötzlich eine laute Explosion statt-
fand. Das Schiff wurde heftig erschüttert. Eine 50 Meter
hohe Wasserfäule fiel auf das Deck. Die Frauen und Kinder
wurden zuerst in die Rettungsboote gebracht. An Bord
herrschte eine vorbildliche Ordnung.

London, 6. September. (W. Z. V.) Meldung des Reuter-
schen Bureaus. Der Dampfer „Hesperian“ ist heute früh
6 Uhr 47 Minuten gesunken.

Keine Menschenverluste.

London, 6. September. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen
Bureaus. Der amerikanische Konsul in Queenstown
berichtet, daß bei der Torpedierung des Dampfers „Hesperian“
keine Amerikaner ums Leben gekommen sind. Die
Reeder erklären, daß niemand umgelommen ist. Daß das
Schiff absichtlich torpediert wurde, gehe aus den Mit-
teilungen von Passagieren hervor. Danach war herr-
liches Wetter; viele hatten sich nach dem Essen an
Deck begeben, wo sie im Glauben, daß sie die Ge-
fahren überstanden hätten, über die angenehme Reise
sprachen. Plötzlich wurden die Deckstühle durch eine heftige
Erschütterung umgeworfen. Darauf fand eine Explosion statt, und
eine große Wasserfäule, die bis zur Höhe der Masten emporstieg,
fiel auf Deck nieder, wo alle durchnäßt wurden. Der Kapitän habe
schnell angeordnet, die Boote herabzulassen, worin erst die Frauen
und Kinder und darauf die anderen Passagiere Platz genommen
hätten, während der Kapitän und die Offiziere an Bord geblieben
seien.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
6. September 1915. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Es hat sich nichts Wesentliches ereignet. Ein feind-
licher Doppeldecker wurde an der Straße Menin—Ypern
heruntergeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls v. Hindenburg.

Von der Ostsee bis östlich von Grodno ist die Lage un-
verändert. Der rechte Flügel nähert sich dem Njemen bei
Luno und dem Ros-Abchnitt nördlich von Wolkowysk.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Heeresgruppe ist unter Kämpfen mit feindlichen
Nachhut im Vorgehen und hat den Ros-Abchnitt
südlich von Wolkowysk bereits überschritten. Auch
die Sumpfen bei Smolanica (nordöstlich von
Bruzana) sind überwunden.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls v. Mackensen.

Der Angriff geht vorwärts.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 6. September. (W. Z. V.) Amtlich wird ver-
lautbart: 6. September 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

An der bessarabischen Grenze und östlich der
Sereth-Mündung wiederholten die Russen gestern ihre
heftigen Gegenangriffe. Der Feind wurde überall zurück-
geworfen und erlitt große Verluste.

An der Serethfront und an unseren Linien östlich
von Grodno und westlich von Dubus ließ die heftige
Tätigkeit im Vergleiche zu den starken Kämpfen der Vortage
etwas nach. In der Gegend von Tarnopol wurde den Russen
eine verschanzte Ortschaft entzogen.

Unsere östlich von Luce vorrückenden Truppen haben
nördlich von Olva unter den schwierigsten Verhältnissen die
versumpfte, überschwemmte Putzowa-Niederung im Angriff über-
schritten.

Die an der oberen Jasioika kämpfenden I. und I.
Streitkräfte warfen den Gegner aus seinen letzten Verschan-
gungen südwärts des Flusses heraus und gewannen an mehreren
Stellen das nördliche Ufer.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Während die Italiener gestern an der küstländischen
Front und in Nörnten im allgemeinen untätig verblieben, ent-
wickeln sie im Gebiete des Kreuzberges (südöstlich
Juniachen) nach längerer Pause eine heftige Artillerietätigkeit
und versuchen dort an mehreren Punkten sich unseren Stellungen
zu nähern. Zu Infanteriekämpfen ist es bisher nicht ge-
kommen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Doerer, Feldmarschallleutnant.

Die Antwort Griechenlands an Serbien.

Köln, 6. September. (W. Z. V.) Die „Kölnische
Zeitung“ meldet aus Athen: Gestern hat der
Ministerpräsident dem serbischen Gesandten
die Antwort Griechenlands zu dem Entschlusse
Serbiens, gewisse Gebiete an Bulgarien abzutreten, mitgeteilt.
Die Antwort ist von dem aufrichtigen Bestreben erfüllt, dem
verbündeten Serbien entgegenzukommen, und macht nur
den einzigen Vorbehalt, daß Lebensinteressen Griechenlands nicht
angetafelt werden. Im besonderen beziehen sich die Vor-
behalte Griechenlands auf zwei Punkte: nämlich auf den
Hinterland darauf, daß der Abschnitt Serwetli—Doiran, der eine
in griechisches Gebiet hineinragende Enklave bildet, nicht an
Bulgarien abgetreten werden dürfe, weil Griechenland dieses
Gebiet nur unter dieser Voraussetzung im zweiten Balkan-
kriege aufgegeben habe, und auf den Hinweis darauf, daß die
Grenzfestsetzung zwischen Griechenland und Serbien beibehalten
werden möge. Dies bedeutet, daß Monastir bei Serbien
verbleiben müsse.

Droht eine Kohlennot?

Die „Kölnische Volkszeitung“, die in der Regel
über den Stand der Dinge in der rheinisch-westfälischen Kohlen-
industrie gut unterrichtet ist, lenkt die Aufmerksamkeit auf die
Schwierigkeiten, die sich in Bezug auf die Versorgung mit
Kohlen im kommenden Winter einstellen können. — Die
Ausführungen des Blattes gehen dahin: Da das Syndikat
eine Erhöhung der Preise vom 1. September an eintreten
läßt, war der Begehr nach Heizstoff in den letzten Monaten
geradezu stürmisch; die Händler suchten möglichst ihre Lager
zu dem alten Preise aufzufüllen. Die Lage ist indessen in-
sofern bedenklich, als die Gruben keine Vorräte haben, denn
bisher wurde ihre Förderung von den Verbrauchern voll-
ständig aufgenommen und auch die Vorräte, die bei Kriegs-
beginn lagerten, sind längst aufgebraucht. Der Bedarf ist
allerdings erheblich zurückgegangen, da die Industrie zum
Teil still liegt, trotzdem sei mit einer Anaptheit an
Hausbrandkohlen in den Wintermonaten zu rechnen.
Die Lage wird aber noch dadurch verschlimmert,
daß die Lieferungen großer Fächer die Befugung gegeben
haben, mit den Lieferungen zurückzuhalten:

„Der Zweck dieser Mahnung — schreibt das genannte
Blatt — lag natürlich darin, möglichst großen Nutzen aus den
Erzeugnissen zu ziehen. Wo bleibt aber hier, besonders in der
jetzigen Zeit, die Rücksichtnahme auf die Allgemeinheit, auf welche
gerade in den Kreisen des Syndikats und der Fächerbesitzer immer
wieder hingewiesen wird? Leider muß festgestellt werden, daß
auch hier auf Kosten der Allgemeinheit „Spekulation“ getrieben
worden ist, welche großen Unwillen bei den Verbrauchern hervor-
gerufen hat.“

In der Tat ist diese Zurückhaltung der Vorräte in der
jetzigen Zeit ein starkes Stück. Die Transportverhältnisse
liegen bei weitem nicht normal, die Eisenbahnen können nicht
immer die Wagen anliefern und in den Städten besteht großer
Mangel an Fuhrwerken, was die Abfuhr von der Bahn er-
schwert. Wenn nun die Kohlenhändler verhindert wurden, in
den Sommermonaten sich zu versorgen, so dürfte sehr leicht
die Versorgung in den kommenden Monaten sich schwierig ge-
stalten.

Wie liegen nun die Verhältnisse in Bezug auf Produktion
und Bedarf? Die Produktion ist erheblich zurückgegangen. Das
rheinisch-westfälische Syndikat gibt die Förderung in den ihm
angehörigen Fächern für den Monat Juli mit 6 567 151 Tonnen
an gegen 8 855 292 Tonnen im Vorjahre. Diese Produktions-
einschränkung ist in erster Linie auf den Mangel an Arbeits-
kräften zurückzuführen. Man hat in den letzten Monaten
durch Herbeiziehung von Kriegsgefangenen diesem Mangel
abzuhelfen gesucht, aber erstens sind unter diesen Gefangenen
selbstverständlich geübte Bergleute nicht in genügender Zahl
zu finden, zweitens ist ihre Leistungsfähigkeit gering. Das
letzte ist natürlich nicht darauf zurückzuführen, daß die fremden
Bergleute an sich weniger leistungsfähig sind, als die deutschen,
sondern ausschlaggebend ist, daß die Arbeitsmethoden und
Betriebsverhältnisse in jedem Lande andere sind und auch der
tüchtigste Arbeiter Zeit braucht, um sich neuen Arbeitsverhält-
nissen anzupassen. Schließlich liegt es in der Natur
der Dinge, daß der Kriegsgefangene keineswegs mit
der Anstrengung arbeitet, wie der freie Arbeiter. Der
Mangel an Arbeitskräften kann also auf diese Weise
kaum bewältigt werden und es fragt sich, ob bei
faktischem Mangel an Kohle nicht die Freigabe einer genügenden
Anzahl von Bergleuten aus dem Heere eine unabwiesbare
Notwendigkeit wird. Auf der anderen Seite ist der Bedarf
an Kohlen erheblich zurückgegangen. Es ist das weniger auf
die Streckung in der „Fertigindustrie“ zurückzuführen, als auf
die Einschränkung der Eisenproduktion. Die Hüttenwerke sind
bekanntlich die stärksten Verbraucher von Kohle, und ihre
Produktion, somit auch ihr Bedarf an Heizmaterial, ist ganz
erheblich vermindert.

Zieht man das in Betracht, so scheint die Gefahr einer
absoluten Kohlenknappheit nicht gerade besonders groß. In-
dessen ist angesichts der von der „Kölnischen Volks-
zeitung“ konstatierten Räumung der Vorräte auf den
Gruben die Lage immerhin ernst. Sie wird verschlimmert
durch die von dem Waite angeführten Spekulationsmanöver.
Es kann daher leicht dahin kommen, daß die Händler sich die
Lage zunutze machen und, sobald der Bedarf an Kohlen für
die Heizung dringend wird, die Preise ungebührlich in die
Höhe schrauben. Es wäre so ziemlich das schlimmste, was
der großen Masse der Bevölkerung widerfahren könnte, wenn
zu der ungeheuren Teuerung der Lebensmittel auch noch eine
Kohlenenteuerung treten würde, und es ist notwendig, einer
solchen Katastrophe vorzubeugen.

Dessen wäre es verfehlt, wenn man erst in den Winter-
monaten mit Höchstpreisen einschreiten wollte. Man würde
dann die Kleinändler treffen, die die Kohlen an die Haus-
halte liefern, nicht aber die Spekulanten, die in erster Linie

unter den Großhändlern zu suchen sind. Haben erst die Kleinhändler unter dem Zwange der Verhältnisse langfristige Verträge mit hohen Preisen abgeschlossen, dann ist eine Herabsetzung der Preise schwer durchzusetzen. Wir halten es für nicht gerechtfertigt, daß die Regierung die Hinaufführung der Preise seitens des Kohlenhändlers zuließ, aber jedenfalls muß vermieden werden, daß darüber hinaus die Preise durch Spekulationsmänner geschraubt werden. Dem kann nur vorgebeugt werden durch rechtzeitige Festsetzung von Höchstpreisen sowohl für den Groß- als für den Kleinhandel.

Darüber hinaus dürfte es aber notwendig sein, daß die Kommunen sich über die Versorgung mit Kohlen für den Winterbedarf informieren. Der Großhandel in Kohlen ist ziemlich konzentriert, es kommt selbst für Großstädte immer nur eine geringe Anzahl Firmen in Betracht und es kann daher nicht besonders schwierig sein, festzustellen, wie es mit der Versorgung steht. Stellt sich dann heraus, daß sie nicht gesichert ist, dann muß, solange es noch Zeit ist, die Zufuhr organisiert werden. Jedenfalls wäre ein schwerer Fehler, der sich bitter rächen kann, wenn man sich unter den gegebenen Verhältnissen in dieser wichtigen Lebensfrage der Bevölkerung auf das „freie Spiel der Kräfte“ verlassen wollte.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 6. September. (W. L. W.) Mitteilung des Generalstabs des Generalissimus. Am Eingang des Golfs von Riga erschienen am 3. und 4. September wiederholt feindliche Erkundungswasserflugzeuge oberhalb der Meeresenge von Irben und warfen auf unsere Torpedoboote Bomben. Diese verjagten die feindlichen Wasserflugzeuge jedesmal mit ihrem Geschützfeuer. Auf dem linken Ufer der Düna brachten die Deutschen Verstärkungen heran und richteten ihre hauptsächlichlichen Anstrengungen darauf, den Flußübergang in der Gegend von Friedriehstadt zu erzwingen. Infolge der Ungleichheit der Streitkräfte mußten unsere Truppen, welche nach einem hartnäckigen Kampfe am 3. September bei Linden auf das linke Flußufer gelangt waren, sich wieder nach dem rechten Ufer zurückziehen. Nach genaueren Berichten über den am 3. September bei Friedriehstadt stattgefundenen Kampf wurde der Rückzug unserer Truppen jenseits des Flusses durch einen Brand der Dünenbrücken verursacht, welcher durch eine feindliche Beschießung hervorgerufen war. In der Gegend von Riga und Jakobstadt beschränkten sich die Deutschen darauf, unser Vorrücken zu behindern. In der Richtung von Wilna hielten wir den Feind in seinen früheren Stellungen zurück. In der Gegend der Ortschaft Drany jagten unsere Truppen am 3. September die Deutschen aus dem Dorfe Smalinsk und machten dabei mehr als zweihundert Gefangene, darunter Offiziere. Am Unterlauf der Wereschanka hielten wir am 3. September unter schwierigen Verhältnissen dem Ansturm des Feindes stand, welcher durch seinen Vorstoß drohte, unseren Truppen den Rückzug in der Gegend von Grodno abzuschneiden. An der Njemenfront, oberhalb Grodno, bis zum Jaisoldakflusse bei Kartuska Vereca schlugen unsere Truppen in der Nacht zum 4. September sowie am folgenden Tage in mehreren Abschnitten mit Erfolg einige Angriffe des Feindes zurück, dem es aber gleichwohl gelang, uns gegen Wolkowyst zurückzudrängen. Zwischen den Flüssen Gorga und Sinyr fuhr der beträchtlich verstärkte Feind am Abend des 4. September fort, seine Offensiv auf den Strahlen von Dubno und Rowno zu entwickeln. Auf dem rechten Ufer des Stryr nördlich von Dubno haben sich Begegnungskämpfe entsponnen. In Galizien unternahm der Feind am Serethfluß in der Gegend von Tarnopol und Flust sowie in der Gegend der Serethmündung an beiden Ufern des Dnjestr im Laufe des 1. September einen hartnäckigen Vorstoß. Bei Flust wurden die hartnäckigen Angriffe des Feindes trotz der ihm gesandten Verstärkungen von unserer Artillerie und durch unsere Gegenangriffe zurückgewiesen. Wir machten ungefähr dreihundert Gefangene, darunter einige Offiziere. Die Kämpfe dauern fort.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 6. September. (W. L. W.) Amtlicher Bericht von Sonntag nachmittag. Heute früh heftige Kanonade südlich von Arras und im Gebiete von Bailly. Besonders lebhafter Kampf an den Rändern der Somme in der Umgebung von Trièzes. Gegenseitige Kämpfe mit Artillerie und den Kampfwerkzeugen des Schützengrabens in den Abschnitten von Duennevières, Die und Nouvron. Unsere Batterien brachten an mehreren Stellen die feindlichen Batterien zum Schweigen. Ziemlich heftiges Bombardement in der Champagne nördlich des Lagers von Chalons. In den Vogesen hielt das Eingreifen unserer Artillerie das deutsche Geschützfeuer vor unseren Stellungen am Ringekopf an.

Paris, 6. September. (W. L. W.) Amtlicher Bericht von Sonntag abend. Andauernd scharfe Artillerietätigkeit um Reuville, Molincourt, im Gebiet von Roye und auf der Front in der Champagne zwischen Auberville und Souain. In den Argonnen sehr heftiger Artilleriekampf. Ziemlich lebhafter Kanonade im Wald von Apremont und nördlich von Airey.

In den Dardanellen herrscht seit Ende August in der Südzone der Halbinsel Ruhe. In der Nordzone gestatteten mehrere ziemlich lebhafte Gefechte den englischen Truppen, Fortschritte zu erzielen.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 5. September. (W. L. W.) Amtlicher Bericht von heute abend. Zusammenstöße kleinerer Abteilungen fanden auf der Höhe von Redival, im Strinotale (Noce), zwischen Serravalle und Marco, im Eischtal, in der Umgebung des Gipfels von Cista und im Suganatal statt. Überall wurde der Feind gezwungen, sich unter Verlusten zurückzuziehen. Auf der Höhe von Redival wurde auch eine Verschanzung zerstört. Die Unserigen bemächtigten sich einer großen Menge Munition und anderen Kriegsmaterials, das vom Feinde zurückgelassen wurde. Einer unserer Batterien gelang es durch trefflicheres Schießen, ein Gerüst in Brand zu stecken, das der Feind zu errichten im Begriff war, um die Kuppel des Forts Dos Sommo auf der Hochfläche Foggaria auszubessern zu können.

Auf dem Karst wurden an mehreren Punkten unserer Linie Fortschritte erzielt und einige feindliche Verschanzungen besetzt. Unsere Fortschritte sind besonders merkwürdig im Ab-

schnitt Doberdo südlich der Straße, die nach dieser Ortschaft führt. Die im Laufe des 2. September entwickelte Unternehmung in der Zone von Dei sei Busi führte zur Erbeutung von 150 Gewehren, einigen tausend Patronen und anderem Kriegsmaterial.

Seit einigen Tagen wirft der Feind mit größerer Lebhaftigkeit auf unsere Linien Rundgebungen, die zur Fahnenflucht auffordern und Kriegsgeißelungen, die plumpe Erfindungen enthalten.

Oesterreichisches Dementi.

Wien, 6. September. (W. L. W.) Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Verichtigung zum italienischen Kriegsbericht vom 3. September. Der Monte Chiadensis, das Bladner Joch und der Monte Veralba sind nach wie vor in unserem Besitz. Es ist im ganzen Abschnitt kein Fußbreit Land verloren gegangen. Am 1. September versuchte der Feind einen Angriff auf das Bladner Joch und den Monte Veralba, wurde jedoch mit Verlusten abgewiesen. Im Pleonotale haben unsere Erkundungsabteilungen Casera Pleone inf. und Casera Sissanis angezündet und teilweise abgebrannt. In den letzten Tagen haben Erkundungsabteilungen sich nachts an die Drahtverhänge und Dedungen bei Casera Vissanti angelassen und dem Feind durch Gewehrfeuer und Handgranaten Verluste beigebracht. Der Monte Avanza war stets in italienischem Besitz und niemals wurde von uns eine größere Kampfhandlung gegen ihn unternommen; nur kleine geschickte geführte Erkundungsabteilungen wurden wiederholt gegen den Sattel zwischen dem Monte Avanza und dem Monte Chiadensis zur Beunruhigung des Gegners vorgetrieben.

Italienische Truppentransporte nach der Türkei.

Mailand, 6. September. (W. L. W.) Der „Corriere“ meldet den Erlaß strenger Vorschriften für die Schifffahrt und Fischerei im Golf von Larent auf Grund von Truppentransporten nach dem östlichen Mittelmeer.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 6. September. (W. L. W.) Bericht des Hauptquartiers. An der Dardanellenfront nichts von Bedeutung. Der Feind beschloß in Zwischenpausen erfolglos mit seiner Land- und Schiffsartillerie unsere Stellungen von Anaforta und Sedd ul Bahr. Unsere Artillerie verursachte einen Brand in den Schützengräben und in den Artilleriestellungen des Feindes bei Anaforta. Sonst nichts Erhebliches.

Ein Versuchs-Ballon?

London, 5. September. (W. L. W.) Die „Times“ meldet aus New York: „Chicago Tribune“ veröffentlicht eine Mitteilung einer der deutschen Botschaft in Washington nächstehenden Persönlichkeit, daß der Streit in der Unterseebootfrage auf Wunsch des Kaisers beigelegt worden sei, da der Kaiser wünsche, daß Wilson als Friedensvermittler austreten solle, während die deutschen Waffen noch siegreich seien. Graf Bernstorff habe kürzlich dem Kaiser telegraphiert: „Nach meiner Meinung ist die Erreichung des Friedens nur durch Wilson möglich.“ Der Kaiser hielt es darauf für notwendig, die Meinungsverschiedenheiten mit Amerika zu beseitigen, ehe er Wilson um Vermittlung bat. Wenn Wilson sich als Vermittler anbietet, wird Deutschland das Anerbieten annehmen und folgende Bedingungen stellen: Errichtung eines unabhängigen Königreichs Polen, das ein Bollwerk zwischen Rußland und Deutschland bilden soll, Abtretung des größten Teils von Kurland; Autonomie für Finnland; Teilung Serbiens zwischen Bulgarien und Oesterreich-Ungarn bei möglicher Abtretung eines kleinen Teils an Griechenland; Abtretung von Belgisch-Kongo an Deutschland als Ersatz für die Räumung Belgiens; Abtretung der afrikanischen Kolonien Frankreichs an Deutschland als Ersatz für die Räumung Nordfrankreichs; Zurückgabe aller afrikanischen Kolonien Deutschlands, Sicherung der Freiheit des Meeres und Unantastbarkeit des Privateigentums auf See durch ein internationales Abkommen; Anerkennung der Rechte der Juden in allen Ländern. Deutschland ist jetzt bereit, einen ehrenvollen Frieden abzuschließen, und die Entente verantwortlich gegenüber der zivilisierten Welt für den Krieg seit August 1914 und für seine Fortdauer. Die Nearspresse bietet alles auf, um die deutschen Interessen zu fördern.

Anmerkung des W. L. W.: Es wird sich erübrigen, auf die Phantasien dieses Londoner Telegramms einzugehen, welches, wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, von Anfang bis zu Ende auf Erfindung beruht.

Eröffnung des nordischen Friedenskongresses.

Kopenhagen, 5. September. (W. L. W.) Der achte nordische Friedenskongress wurde heute hier eröffnet.

Die Frage der Geiseln.

Basel, 6. September. (W. L. W.) Die Basler Hilfsstelle für Geiseln erklärt in den „Basler Nachrichten“, daß sie selbst den kürzlich gemeldeten Standpunkt der französischen Regierung als verfehlt betrachtet. Das Kriegsgesetz verlangt nicht nur anständige Behandlung der Geiseln, sondern auch alobaldige Freilassung, sobald der Zweck, nämlich die Sicherung gegen Erhebungen und sonstige Schädigungen seitens der Bevölkerung fortfällt, spätestens, wenn das okkupierte Gebiet wieder an die Gegenseite verloren geht. Dies trifft für den größten Teil der Verschleppten zu, da der Sundgau seit 10 Monaten wieder in deutschen Händen ist. Der vom Vorkämpfer mitgeteilte Grund zur ablehnenden Haltung Frankreichs befremdet, weil ja gerade Frankreich das Bestehen eines Notstandsrechts im Völkerrecht leugnet. Indirekt läge darin eine Anerkennung des Notstandsrechts Deutschlands, als es sich über die belgische Neutralität mit Rücksicht auf die von den übrigen Garantemächten drohenden Gefahren hinwegsetzte. Unter allen Umständen müssen aber wenigstens diejenigen Geiseln, deren weitere Zurückhaltung eine Unmenslichkeit ist, wie die Trennung der Mutter von kleinen Kindern, die Gefangenschaft von Frauen und Kranken und alten Männern, über die dem Vorkämpfer eine Liste überreicht wurde, nun endlich unverzüglich die Freiheit wiedererlangen.

Französisches Ausfuhrverbot für Kartoffeln und Gemüse.

Paris, 6. September. (W. L. W.) Das „Amtsblatt“ veröffentlicht eine Bekanntmachung, die besagt, daß die Ernte an Gemüse und Kartoffeln infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse, die eine Entwidlung von Krpftogamenkrankheiten begünstigen, und infolge des Mangels an Arbeitern mit einem Minderertrag abschließen wird. Ohne beunruhigend zu sein, fordert doch die Lage, daß Maßregeln schon jetzt getroffen werden. Vom 15. September an werde daher die Genehmigung für die Ausfuhr von Kartoffeln und Gemüse nicht mehr gewährt.

Dumakritik an der Behandlung der Flüchtlinge.

Petersburg, 5. September. (W. L. W.) Ueber Kopenhagen. In der Dumakritik vom 30. August wurde die Frage der Flüchtlinge erörtert. Das polnische Dumamitglied Swenigki legte gegen die gewaltsame Vertreibung der polnischen Bauern Verwahrung ein. Im Kreise Wonsk seien von 25000 Einwohnern über 22000 gewaltsam vertrieben worden. Der Redner hob die feindliche Haltung der russischen Bevölkerung gegen die Flüchtlinge und ihre grausame Behandlung durch die Behörden hervor. Januschewitsch (Kowno) führte aus: Die Flüchtlinge bitten nicht um Gnade, sondern verlangen ihr Recht, da sie gewaltsam fortgeführt sind. Das ganze Land gleiche einer Wüste, das Volk sei an den Bettelstab gebracht. Nicht das Volk sei geflüchtet, sondern nur die Gouverneure und die Stadthauptleute. Der jüdische Abgeordnete Friedmann erhob gegen die rücksichtslose Behandlung der jüdischen Flüchtlinge Einspruch, die schon Anfang Mai aus Kowno und Wilna vertrieben, nach Sibirien geführt und als Verräter gestempelt von einem Gouvernement ins andere abgehoben wurden. Die Behörden hätten sogar verboten, ihnen Wasser zu geben.

Burzews Begnadigung nunmehr durchgeführt.

Petersburg, 5. September. (W. L. W.) Ueber Kopenhagen. Der nach Sibirien verbannte Revolutionär Burzew telegraphierte dem radikalen Dumamitgliede Karenski, er habe nun Nachricht von seiner Begnadigung erhalten und reise sofort nach Rußland ab.

Das wahre Gesicht.

Herr von Gerlach wartet in „Der Welt am Montag“ mit einer prächtigen Enthüllung auf, die mit der jähren Leuchtkraft eines Schlaglichtes die politische und wirtschaftliche Situation erhellt.

Herr von Gerlach veröffentlicht ein Rundschreiben einer Vereinigung der weiterverarbeitenden Industrie, in der über genau angeführte Beschlüsse des Kriegsaussschusses der deutschen Industrie die lebhafteste Klage geführt wird. Und in der Tat: Grund zur Klage ist vorhanden. Nach einer Verständigung mit den Vertretern des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des Bundes der Industriellen, des Bundes der Landwirte, der christlichen Bauernvereine, des Deutschen Bauernbundes und des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes hat der Kriegsaussschuß Anträge an die Regierung über die Neuordnung unserer handelspolitischen Beziehungen zu Frankreich, Rußland und Oesterreich-Ungarn gestellt. Da wird gefordert:

- Erhöhung verschiedener landwirtschaftlicher Zölle;
- Einschränkung der Meistbegünstigungsklausel;
- Festlegung einer gegenseitigen deutsch-oesterreichischen Vorzugsbehandlung durch Erklärung einer größeren Anzahl der gegenwärtigen beiderseitigen Vertragszölle als Vorzugszölle und Erhöhung dieser Vertragszölle gegenüber allen anderen Staaten.

Die vom Kriegsaussschuß der deutschen Industrie vertretenen Verbände sind in der Geschichte der Politik und Wirtschaft Deutschlands oft genannt. Vor dem Kriege, der ihr zielklares Streben unterbrochen, nicht beendet hat, galt ihre tägliche Arbeit der parlamentarischen Isolierung der sozialdemokratischen Fraktion und einer scharfen Bekämpfung der Gewerkschaften. Heute rüsten sie auf, um den Arbeitern zu den schwer drückenden Kriegskosten an Gut und Blut das Friedensopfer des teureren Brotes aufzuerlegen.

Landwirtschaftliche Zölle sollen erhöht und die Geltung der Meistbegünstigungsklausel soll eingeschränkt werden. Auch das läuft letzten Endes auf eine erweiterte Geltung des autonomen Zolltarifes mit seinen hohen Zollsätzen hinaus.

Wie es der Name sagt, verallgemeinert die Meistbegünstigungsklausel die Herabsetzung des autonomen Zolltarifes in Vertragstarifen. Rußland, Rumänien, die Vereinigten Staaten sollen aber nicht mehr zu so niedrigen Zollsätzen einfließen wie Oesterreich-Ungarn. Sie sollen entweder höheren Zoll zahlen oder seine Herabsetzung erkaufen. Und wenn sie sie nicht erkaufen? So muß der deutsche Arbeiter die höheren Getreidezölle und im Fleisch die höheren Futtermittelzölle zahlen. Der Bismarcksche Trost, das Ausland müsse die Zölle zahlen, wird nur noch selten nachgesagt. Denn Deutschland braucht ausländische Lebens- und Futtermittel, muß sie zum Weltmarktpreis kaufen und kann bei dem — besonders in den ersten Friedensjahren — sicherlich relativ geringen Angebot auf dem Weltgetreidemarkt die Last des Zolles nicht auf die Verkäufer überwälzen.

Tragt sich nur, ob sich die anderen, die Franzosen, Russen und Engländer de- und wehmütig mit dem Triumph der deutschen Hochschulzöllner abfinden oder durch starke Zollerhöhungen ein Paroli bieten werden. Am Ende sind auch die Vereinigten Staaten noch da, die sich nicht leicht eine Differenzierung zugunsten Oesterreichs, zu ihrem eigenen Ungunsten gefallen lassen werden.

Die Vereinigten Staaten haben einen Höchsttarif, daneben einen Minimaltarif, der nur bedingungsweise in Kraft tritt. Die wichtigste Bedingung ist aber: daß die Zölle zu ungunsten der Vereinigten Staaten nicht differenziert werden.

Freundliche Ausflüchte winken: Höhere Zölle für Fertigwaren in Rußland, Frankreich und den Vereinigten Staaten; neue Zölle in dem freihändlerischen Großbritannien, das bisher dem deutschen

Gewerbeleiß einen offenen Markt geboten hat; höhere Lebensmittelpreise in Deutschland infolge direkter Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle oder Erweiterung der Geltung des hohen autonomen Tarifs. Seit der Geltung des neuen Zolltarifs ist der Anteil der weiterverarbeitenden Industrie, in deren Produkten am meisten menschliche Arbeit steckt, am Gesamtexport gesunken! Wie soll es in Zukunft werden, wenn sich der Absatzmarkt verengt und die Herstellungskosten infolge der gestiegenen Lebensmittelpreise und Löhne wachsen? Und zum Trost nicht einmal ein erleichterter Warenverkehr mit Oesterreich-Ungarn, dessen gegenwärtige Zölle gegen Deutschland nur nicht erhöht werden sollen!

Die Propagandisten des vom Kriegsausschuss der deutschen Industrie vertretenen handelspolitischen Programmes haben Gefolgsleute in sehr weit linksstehenden Parteien. Im fortschrittlichen Lager sind es Friedrich Raumann und das „Berliner Tageblatt“, die als Gründer des neuen Evangeliums ganz besonders scharf nach sozialdemokratischen Profolyten auslugen. Sie mögen auch den oder jenen Gläubigen gefunden haben, der mehr dem Gefühl als dem Verstande folgte. Die Enthüllung des Herrn von Gerlach wird naive Gutgläubigkeit erschüttern und denen, die nicht sehen und hören wollten, die politische, handelspolitische und wirtschaftspolitische Bedeutung dieser Stellung der Wirtschaftsverbände klarer vor die Augen rücken und sie darüber belehren, daß der berühmte Block der schaffenden Stände eine fertige Tatsache ist, die die Zeit nach dem Kriege aufs stärkste beeinflussen, vielleicht sogar charakterisieren wird.

Wir glauben unter eigenem Lob mit der Feststellung singen zu dürfen, daß wir als die ersten auf das trügerische Wesen des sogenannten Wirtschaftsbündnisses hingewiesen haben. Das „Berliner Tageblatt“ quittierte alles redliche Bemühen, Selbstverständlichkeiten zu erklären, mit dem Ausdruck souveräner Ueberlegenheit. Um so angenehmer ist es uns, feststellen zu dürfen, daß dieses Blatt unter dem Eindruck der Enthüllung heute ablehnt, was es gestern propagiert hat. Es läßt sich in einem, wie sich versteht, sehr kurzen Kommentar zu dem Rundschreiben des Verbandes der weiterverarbeitenden Industrie also vernehmen:

An der Echtheit dieses Schreibens ist wohl ebenso wenig zu zweifeln, wie an den Tatsachen, die ihm zugrunde liegen. Daß die weiterverarbeitende Industrie sich gegen diese Absichten wehrt, ist verständlich. Darüber hinaus hat aber auch die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes allen Anlaß, vor diesen „dunklen Plänen“ auf der Hut zu sein.“

Ein Appell an die Arbeiterorganisationen.

Herr von Gerlach ruft in seiner „Welt am Montag“ folgendermaßen zum resoluten Widerstande gegen die hochschützlinereiche Geheimpolitik der Wirtschaftsverbände auf:

„Die Wirtschaftsverbände suchen, wie wir hören, einen Druck auf die Regierung auszuüben. Ich halte es für selbstverständlich, daß sie von vornherein keine willigen Ohren finden werden. Aber sie sind mächtig, zäh und rücksichtslos. Darin liegt immerhin eine Gefahr.“

Lebten wir in Friedenszeiten, so wäre natürlich der gewaltigste öffentliche Massenprotest geboten. Aber während des Krieges ziemen sich andere Methoden.

Es darf nicht gebudelt werden, daß die Regierung nur die Stimmen der einen Seite hört. Sonst könnte sie in Jertum über die Volkstimmung verfehlte werden. Sache der gewaltigen Organisationen der Konsumenten ist es, sich zu rühren. Wenn dem Reichsamt des Innern die Vertrauenswünsche von Schwerindustrie und Landwirtschaft übermittelt werden, so sollen ihm die entgegengelegten Forderungen der Arbeitergewerkschaften, der Angestelltenverbände, der Beamtenvereinigungen nicht vorenthalten bleiben. So sollen die gleichfalls bedrohten Kreise des Handels und der Veredelungsindustrie aus ihrer Zurückhaltung herauszutreten.

Burgfrieden ist proklamiert. Aber der Burgfrieden darf nicht dazu mißbraucht werden, daß eine Rinderheit des Volkes in aller Stille Vorbereitungen trifft, der großen Mehrheit des Volkes unerträgliche Lasten aufzuerlegen. Aktionen, wie die der sechs Wirtschaftsverbände stellen einen offenbaren und gefährlichen Bruch des Burgfriedens dar. Sie erschöpfen die energiereichsten Gegenaktionen, wenn die Regierung sich nicht sofort, was mir im Interesse des Burgfriedens am zweckmäßigsten scheint, zu der Erklärung entschließt, daß sie selbstverständlich den Plänen der Wirtschaftsverbände völlig ablehnend gegenübersteht. Nachdem sie bisher während des Krieges ebenso wie die Militärbehörden sich so oft bemüht hat, auch den Interessen der Konsumenten gerecht zu werden, darf bei ihr ohne weiteres die Geneigtheit zu einer solchen Stellungnahme vorausgesetzt werden.“

Politische Uebersicht.

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot.

Das Reichsamt der Verbände der Beamten und Arbeiter staatlicher Verkehrsanstalten, eine Organisation mit 180 000 Mitgliedern, ersucht den Reichsminister, dem Reichstag einen Rotgesetzentwurf zur Beseitigung der Wohnungsnot der Kriegerfamilien vorzulegen, der auf folgender Grundlage aufgebaut sein soll:

1. Das Reich stellt aus den allgemeinen Kriegskosten Mittel bereit zur Bezahlung der entstandenen Mietschulden der unbemittelten Kriegerfamilien nach Beendigung des Krieges.
2. Das Reich legt allen Gemeinden die Verpflichtung auf, sofort für kriegsbedürftige Familien Wohnungen zu bauen, eventl. in Verbindung mit gemeinnützigen Bauvereinen.
3. Das Reich übernimmt für sich und überträgt auf alle öffentliche Gewalten, Staat, Provinz, Kreis, Gemeinde, Eisenbahn, Post, Militär- und Marineverwaltungen das Recht der Enteignung des notwendigen Bodens zu dem Werte, den die Befitzer bei der Selbstveranschlagung zum Wehrbeitrag dafür angegeben haben.
4. Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes und Bereitstellung der Mittel zur Schaffung einer Reichspsandriehtsanstalt für Kleinwohnungsbau.

Zum Schluß werden noch Kriegerheimstätten in Stadt und Land gefordert.

Teuerungszulagen für die beim Staate Bremen beschäftigten Arbeiter.

Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, Zahlstelle Bremen, hatte beim bremischen Senat beantragt, eine gleichmäßige wöchentliche Teuerungszulage von 3 M. allen vom Staate beschäftigten Arbeitern zu bewilligen. Diesen Antrag lehnte der Senat leider ab. Er hat sich aber nicht ganz der Einsicht verschließen können, daß eine Teuerungszulage am Platze ist und beantragte eine solche bei der Bürgererschaft. Der Antrag hält sich in sehr bescheidenen Grenzen. Die Teue-

rungezulage vom 1. Juli an — ab mit rückwirkender Kraft — bis zunächst Ende September laufend, soll sich nur auf die Arbeiter bis 1800 M. Jahreslohn beziehen. Die Zulage beträgt wöchentlich für eine Familie ohne Kinder 1,50 M., für Familien mit Kindern außerdem 50 Pf. für jedes Kind, das das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und noch nicht selbst verdient, ferner für ledige Arbeiter, die einer Unterstützungspflicht genügen, 1,50 M. Bei fortdauernder Lebensmittelerhöhung wird nach dem Antrage des Senats die Zahlung der Zulage über Ende September hinaus beschlossen werden. Auf Beamte und Angestellte mit kleinem Einkommen bezieht sich dieser Teuerungsantrag nicht; der Senat will in jedem einzelnen Falle von Bedürftigkeit helfen.

Der Senat hatte, bevor er über einen Teuerungszulagenschlag definitiv beschloß, die Handelskammer und die Gewerkekammer gutachtlich über die Sache gehört. Beide Kammern nahmen dabei einen sozial rückständigen Standpunkt ein. Uebereinstimmend erstatteten sie ihr Gutachten dahin, daß zwar grundsätzlich einer Kriegsteuerungszulage zuzustimmen sei, diese jedoch nur auf Antrag bei nachgewiesener Bedürftigkeit und nicht über ein Gesamteinkommen von 1600 M. hinaus gewährt werden möge. Der Senat hielt diese Höchstgrenze selbst für zu niedrig, vor allem aber die Gewährung der Zulage nur auf Antrag und bei nachgewiesener Bedürftigkeit weder für angemessen noch für in völlig gerechter Weise ausführbar.

Die Kartoffelversorgung in Thüringen.

Das Ministerium des Herzogtums Gotha hat folgendes verfügt:

Jeder Unternehmer oder Betriebsleiter eines landwirtschaftlichen Betriebes, in dem mindestens ein Hektar Kartoffel angebaut wird, ist verpflichtet, den Ertrag dieser Kartoffelernte sogleich während der Erntearbeiten zu ermitteln und innerhalb einer Woche nach Beendigung der Ernte dem Gemeindevorstand wahrheitsgemäß anzuzeigen. Dabei ist anzugeben, auf welche Weise das Ergebnis ermittelt ist. Abzüge für Schwund und Verderb dürfen nicht vorgenommen werden, dagegen ist möglichst genau festzustellen, welcher Teil der Ernte auch franks und verdächtige Knollen enthält. In jeder Gemeinde ist ein Ausschuss von erfahrenen Landwirten zu bilden, der darüber zu wachen hat, daß der Unternehmer bei der Ernteermittlung mit der erforderlichen Sorgfalt verfährt. Der Ausschuss und ebenso der Gemeindevorstand dürfen zur Ermittlung der Kartoffelerträge die Felder während der Ernte betreten, die Vorratsräume untersuchen und die Anzeigen nachprüfen.

Man rechnet damit, daß die anderen thüringischen Staaten die gleichen Maßnahmen treffen. Durch einen gemeinsam festzusetzenden Höchstpreis hofft man dann die Bevölkerung vor Ausbeutung zu schützen.

Aus der Partei.

Internationale Klatsch-Zentrale.

Man schreibt uns: Die Baumeisterische „Internationale Korrespondenz“ (I. K.) hält es im Interesse ihrer „objektiven Berichterstattung“ für geboten, ihren Lesern und Abonnenten eine Information vorzulegen, die die „Ukrainischen Nachrichten“, das in Wien erscheinende Organ des Bundes zur angeblichen Befreiung der Ukraine, einem Artikel von Alexinsky in einer russischen Aufsatzsammlung über den Krieg entnommen hat. Alexinsky, früher Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma, führt seit einigen Monaten in der russischen Presse des In- und Auslandes einen erbitterten Kampf gegen die Mehrheit der russischen Parteischristen, die namentlich in der Pariser „Rasche Slowo“, früher im „Golos“, den Standpunkt des Internationalismus hervorheben und die nationalistischen Entgleisungen einer Anzahl von Parteigenossen, darunter Plechanow und Alexinsky, scharf zurückgewiesen haben. Grund genug für Alexinsky, folgende Insinuation gegen eine Anzahl Mitarbeiter der „Rasche Slowo“ loszulassen (wir zitieren nach der „I. K.“):

„Der verbissene Revolutionär Wojnow führt auf den Seiten des „Golos“ und des „Rasche Slowo“ einen titanischen Kampf gegen den „Patriotismus“ und den „gelben Sozialismus“, und sein bester Freund Lunatscharski preist auf den Seiten der „Rijewskaja Myhli“ Jeanne d'Arc als die patriotische Heldin Frankreichs und schildert ganz verächtlich den schönen Schritt der englischen Soldaten. Trotski spricht erhaben von der Errettung der Internationale vor der Hydra des Sozialpatriotismus, und sein Freund und Antipode Herr Antid-Dio schreibt in der „Rijewskaja Myhli“ herzerreißende Artikel über die „deutschen Greuelthaten“ und verbeugt sich bis zur Erde vor der Montur des Generals French. Charles Rappoport (wie bekannt, ist er auch ein Hüter großer Vermächtnisse) ist zugleich Mitarbeiter des ultraantipatriotischen „Rasche Slowo“ und der ultrapatriotischen „La Guerre Sociale“, beschimpft die russischen revolutionären Sozialisten wegen ihres Patriotismus und besingt den revolutionären Patriotismus des noch vor kurzem von ihm verleumdeten Tribuns des französischen Proletariats Jean Jaures. A. Salewsky schreibt eines im „Rasche Slowo“, etwas ganz anderes im „Wjestnik Jewropy“ (in Petersburg). Alle diese „Netter“ der Internationale und „Hüter“ der Prinzipien stehen nicht nur zueinander, sondern auch mit sich selbst in Widerspruch. Wojnow und Trotski gehen in einer Richtung, Antid-Dio, Lunatscharski und Gebrüder laufen gerade in entgegengesetzter Richtung.“

Die „I. K.“ fügt diesen Worten — wohl um die Denunziation Alexinsky's an die russischen Behörden noch wirkungsvoller zu machen — folgende Bemerkung hinzu:

„In den russischen Kreisen ist es kein Geheimnis, daß Wojnow und Lunatscharski einerseits sowie Trotski und Antid-Dio andererseits identisch sind. Es ist daher höchst interessant, zu hören, was die Angegriffenen auf diese „Enthüllungen“ antworten werden.“

Die „I. K.“ kommt mit ihrer — natürlich vom Geiste höchster Sittlichkeit getragenen — „Anfrage“ um eiliche Wachen zu spät. Genosse A. Salewsky hat bereits in Nr. 137 der „Rasche Slowo“ vom 11. Juli ausführliche Erklärungen über die gegen ihn erhobene Anschuldigung abgegeben. Und in Nr. 142 desselben Blattes wendet sich Genosse Trotski mit einer Anfrage an Plechanow, er möge klipp und klar erklären, ob er sich die „ohne eine Spur von Beweisen erhobene“ Anschuldigung seines Mitarbeiters Alexinsky zu eigen mache. Er würde in diesem Falle Mittel und Wege finden, um ungeachtet aller früheren Schwierigkeiten nachzuweisen, ob es sich hier tatsächlich um politische Gefinnungslosigkeit oder um eine niedrige Verleumdung gegen ihn handle.

Dies der Sachverhalt, soweit er sich auf Salewsky und Trotski bezieht und den die „I. K.“ erwähnen mußte, wenn sie es schon für notwendig fand, über diese Angelegenheit zu berichten. Wir mußten notgedrungen auf diese Einzelheiten eingehen, denn dieser Fall bietet ein klares Beispiel dafür, mit welcher Gewissenhaftigkeit die „I. K.“ bei der Verbreitung ihrer Klatschnotizen vorgeht. Wie in einem Bassin sammeln sich in ihr die schmutzigen Wässerchen aus allen Ländern, in denen es so leicht ist, im Krüben zu fischen. Was tuis, daß Alexinsky (an dessen jeglichem Gefinnungsgegenossen Plechanow die „I. K.“ fortwährend verletzende Kritik läßt) seine unbewiesenen Anklagen erhebt, um an seinen Fraktionsgegnern sein

Mützen zu fischen; was tuis, daß die „Ukrainischen Nachrichten“, die noch vor wenigen Wochen die unanständigen Angriffe Alexinsky's gegen die ukrainische Bewegung heftig zurückwiesen, ihn plötzlich zum Kronzeugen machen, um der verhassten „Rasche Slowo“ am Zeuge zu fischen — die „I. K.“ kümmert sich um derlei Kleinigkeiten nicht, ihr ist jede Verleumdung, jeder Klatsch teuer, der sich gegen internationale Sozialdemokraten richtet. Aber was, zum Teufel, geht die deutschen Arbeiter, die wahrlich andere Sorgen haben, dieser Klatsch und Trafsch der „I. K.“ an?

Robert Hauschild †. Am Freitag ist Genosse Robert Hauschild nach mehrjährigem Leiden 67 Jahre alt gestorben. Hauschild gehörte zu den Veteranen der Chemnitzer Arbeiterbewegung. Zu Anfang der sechziger Jahre, als unter Most sich die ersten nachdrücklichen sozialdemokratischen Regungen unter den Arbeitern bemerkbar machten, war er einer der rührigsten Werber für die Partei. Geradezu unschätzbare Dienste leistete der Verstorbene der Partei in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes als Vertrauensperson, deren Name die Dedresse für alle Sendungen war, die man vor der Polizei verborgen halten mußte. Später wurde das Haupttätigkeitsgebiet Robert Hauschild's im öffentlichen Leben das Krankenlostenwesen. Hierbei wirkte er weit über die lokalen Grenzen hinaus.

Als Vorsitzender der Chemnitzer Allgemeinen Ortskrankenkasse erwarb er sich große Verdienste um die Schaffung des großen Gencungsheims in Grünhain. Viele Jahre gehörte Robert Hauschild dem Chemnitzer Stadtverordnetenkollegium an. Auch als Vorstandsmitglied der Landesversicherungsanstalt des Königreichs Sachsen hat er seine Pflicht bis zum Tode treu erfüllt. Die Chemnitzer Arbeiterschaft wird ihm stets ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren.

Otto Pepsies. Der Tod hat einen unserer alten, braven Parteigenossen, den Geschäftsführer Otto Pepsies in Braunschweig dahingerafft. Mit ihm scheidet einer der Ältesten aus unseren Reihen, ein Mann, der seine Kraft viele Jahre in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt hat. Der Verstorbene wurde am 18. Dezember 1842 in Gumbinnen als der Sohn eines Schneidermeisters geboren und verlebte seine Jugend als Proletarierkind im Osten. Aus der Wanderschaft kam er nach Braunschweig. Er genoß bald das größte Vertrauen nicht nur seiner engeren Berufskollegen, sondern aller Parteigenossen. Die Leitung des Fachvereins der Schneider wurde ihm mehrere Jahre lang immer wieder übertragen.

Bis in sein hohes Alter hinein hielt Pepsies es für seine parteigenössliche Pflicht, einer der eifrigsten in der Kleinarbeit mit zu sein. Die Partei erkannte denn auch die schätzenswerte Kraft des alten Genossen sehr bald und übertrug ihm gleichfalls hohe Ehrenposten. Als langjähriger Stadtverordneter sowohl wie als Mitglied der Profkommission, der er viele Jahre angehörte, war der immer noch zu früh Verstorbene bemüht, die Interessen der Arbeiterschaft mit all seinen Kräften zu vertreten. Mit Pepsies verschied ein Mann, der sich das Anrecht reichlich verdient hat, daß seiner von der Arbeiterschaft in Ehren gedacht hat.

Aus Industrie und Handel.

Preisrückgang im Kartoffelhandel.

Die Woche vom 29. August bis 5. September brachte nach Mitteilung der Firma Schifano-Breslau im G r o ß h a n d e l eine weitere Ermäßigung der Kartoffelpreise. Das Frühkartoffelgeschäft ist so ziemlich beendet. Es kommen schon mittelfrühe Sorten an den Markt; teilweise werden auch späte Sorten zur Lieferung September-October angeboten. Es unterliegt nunmehr keinem Zweifel, daß dieses Jahr der Ertrag der Spätkartoffelernte den des Vorjahres wesentlich übertreffen wird.

Es wird allgemein angenommen, daß der Ertrag der diesjährigen Kartoffelernte den Erntertrag des Jahres 1918 mit 840 Millionen Doppelzentnern noch übertreffen wird, da die diesjährige Anbaufläche größer ist als die des Jahres 1918, während der Hektarertrag dem Hektarertrag des Jahres 1918 nicht nachsteht wird.

Welche Mengen der diesjährigen Kartoffelernte für den Speisekartoffelmarkt frei werden, läßt sich heute allerdings noch nicht übersehen. Es wird dies im wesentlichen davon abhängen, welche Mengen für den Futterbedarf, sowie die Stärke- und Flodendindustrie und den Brennereibetrieb dem Speisekartoffelmarkt entzogen werden. Es steht aber heute schon fest, daß wir mit weiter zurückgehenden Preisen zu rechnen haben werden, wenn auch die Preisbildung, nachdem durch Bundesratsverordnung vom 26. August die alten Höchstpreise aufgehoben sind, unter einer gewissen Unklarheit leidet, zumal durch die Preisverordnungen über die Großhandelspreise in Kartoffeln, die seitens einer Anzahl Großstädte vorgenommen werden und die nicht den waggomweisen Großhandel, sondern das fußrenweise Lokalangebot zum Gegenstand haben und daher entsprechend höher sind, viele Verwirrung geschaffen wird. Es ist jedoch zu erwarten, daß schon in der allernächsten Zeit durch das täglich größer werdende Angebot, ebenso wie durch die stärker werdende Nachfrage die Klärung der Herbstpreise eintreten wird.

Zucker für die Aktionäre!

Die Aktienzuckerfabrik Schroda schlägt 45 Proz. Dividende gegen 24 Proz. vor. — Die Aktienzuckerfabrik Tucano (Kreis Hohenstaufen) schlägt 30 Proz. gegen 15 Proz. vor. — Zuckerrabrik Rujadten (Kreis Hohenstaufen) gibt 29 Proz. Dividende.

Die Aktionäre der Zuckerrfabriken dürfen also zufrieden sein. Und die Zuckerverbraucher?

Goldsendungen nach Amerika.

„Daily News“ meldet aus New York, daß dort eine neue Goldsendung von 4 Millionen Pfd. Sterl. und außerdem amerikanische Werte im Betrage von 5 Millionen Pfd. Sterl. aus London für die Firma Markob angekommen sind, und zwar hauptsächlich für die Rechnung Frankreichs.

Letzte Nachrichten.

Französischer Tagesbericht.

Paris, 6. September. (M. L. B.) Amtlicher Bericht von heute nachmittags. Im Laufe der Nacht beständige gegenseitige Beschichtung mit Artillerie aller Kaliber nördlich und südlich von Arras. Von Roclincourt bis Bretenecourt. In der Champagne im Gebiete von Auberive ziemlich lebhaftes Kanonenfeuer. In den Argonnen Minenkämpfe in Courtes Chausses.

Unsere Flugzeuge warfen Bomben auf die Kasernen von Dieuze und Mörchingen.

Zur Torpedierung der „Hesperian“.

Washington, 6. September. Präsident Wilson und Staatssekretär Lansing erfuhren von der Torpedierung der „Hesperian“ aus Telegrammen an die Presse. Sie warten weitere Mitteilungen ab. In amtlichen Kreisen glaube man, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland wieder in Gefahr seien.

Ein politisches Attentat in Aegypten.

Mailand, 6. September. (Ueber Bern.) Die „Secolo“ aus Alexandria erfährt, ist auf den Balkusminister Fathi Pascha gestern Abend in Kairo am Bahnhof bei der Abreise nach Oberägypten inmitten seiner Begleitung durch einen jungen Regierungsbeamten ein Anschlag verübt worden. Der Minister wurde durch drei Dolchstiche verwundet, verteidigte sich aber durch zwei Revolvergeschüsse, die den Täter jedoch nicht trafen. Der Täter wurde dann verhaftet. Der Zustand des Ministers gibt zu Besorgnissen keinen Anlaß.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Abgewiesen!

Der Vorstand der Berliner Filiale des Verbandes der Maler hat an den Verband der Malergewerkschaft Berlin ein Gesuch um Gewährung einer Feuerungszulage gerichtet. Ein gleiches Gesuch wurde auch den verschiedenen Innungen des Malergewerbes in Groß-Berlin gestellt. Darauf ging eine Antwort ein, in der es an der entscheidenden Stelle heißt:

„Durch die wachsenden Einziehungen zum Heeresdienst hat zwar nach den Mittelungen der Tages- und Gewerkschaftszeitungen die Arbeitslosigkeit, die zu Anfang des Krieges recht bemerkbar war, wesentlich abgenommen; die Position der nicht-eingezogenen Arbeiter im Malerberuf hat sich zweifellos gebessert, während sich die Lage der Arbeitgeber unseres Berufes infolge der Zahlungsunfähigkeit unserer Auftraggeber täglich weiter verschlechtert.“

Trotz dieser schwierigen Lage haben die Arbeitgeber des Malergewerbes Groß-Berlins die im Frühjahr dieses Jahres tariflich vorgesehene Lohnerhöhung durchweg bezahlt; nicht eine Beschwerde ist bei uns eingegangen, daß auch nur ein Mitglied sich geweigert hätte, den Tarifvertrag voll zu erfüllen, ein Beweis dafür, wie sehr der Tarifgedanke in unseren Kreisen erstarkt ist. Es wäre gewiß ein Leichtes gewesen, bei der allgemeinen Arbeitslosigkeit Lohnkürzungen vorzunehmen. Die Organisationen der Meister sowohl wie der Gehilfen wären dagegen machtlos gewesen. Da wir nun als Tarifkontrahenten die Abmachungen des Tarifvertrages voll und ganz respektiert haben, erwarten wir auch von Ihnen beziehungsweise Ihren Mitgliedern ein gleiches. Unsere Mitglieder vertreten den Standpunkt, daß mit der Gewährung von Zulagen, die im Tarifvertrage nicht vorgesehen sind, eine tatsächliche Ausschaltung des wichtigsten Teiles des Tarifvertrages zu erblicken ist, der dem ganzen Tarifwesen unmöglich förderlich sein kann.“

Die Malermeister mögen also nicht und eignen sich für ihre Ablehnung die Argumente der Bauunternehmer an.

Die Beamtenschaft der Darmstädter Bank hat bei diesem Institut vor drei Monaten eine Petition um Gewährung einer Kriegsbeihilfe eingereicht. Bis jetzt haben die Geschäftsführer noch keine Antwort erhalten.

Deutsches Reich.

Die Spaltung in der Angestelltenbewegung.

Am Sonntag, den 5. September 1915, tagte im Rheinhof zu Düsseldorf eine Versammlung derjenigen technisch-industriellen Beamten, die mit der Daltung ihrer Organisation während des Krieges nicht einverstanden sind, um die Gründung eines neuen Berufs-

vereins zu vollziehen. Nach einer kurzen Aussprache wurde die Gründung einer neuen Organisation mit dem Namen „Bund der technischen Angestellten“ unter lauten Beifallklänge beschlossen.

Bei der Umgrenzung der Mitgliedschaft entspann sich ein Streit über die Aufnahmefähigkeit der Betriebsbeamten, besonders der Werkmeister. Es wurde beschlossen, diese aufzunehmen, sofern sie zweifellos frei als technische Angestellte anzusehen sind. Die monatlichen Beiträge wurden so gestaffelt, daß die Mitglieder mit einem jährlichen Einkommen unter 2000 M. monatlich 2 M., von 2000 bis 3500 M. 3 M., von 3500 bis 5000 M. 4 M., und darüber hinaus 5 M. zu entrichten haben. Die Arbeitslosenunterstützung soll entsprechend 2, 3, 4 und 5 M. täglich betragen und je nach Dauer der Mitgliedschaft für 60 bis 180 Tage gezahlt werden.

Zur Unterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer wurden Zeitspenden aufgestellt, deren erster lautet: „Die Sicherung der Existenzmöglichkeiten für die Familien der zum Heeresdienst Eingerufenen ist in erster Linie Aufgabe von Staat und Gemeinde. Langt diese Hilfe nicht aus, so ist es soziale Pflicht der Arbeitgeber und Sache der freien Liebestätigkeit, helfend einzugreifen. Nur in besonderen Notfällen kann die Hilfe der Gewerkschaft, der eine Verpflichtung hierzu weder auf Grund ihrer Satzungen, noch ihres Programms obliegt, in Anspruch genommen werden.“ In diesen Fällen will auch der neue Bund eingreifen. Zur Ausbringung der hierfür nötigen Mittel wurde die Erhebung eines außerordentlichen Beitrages von 50 Pf. monatlich beschlossen. — Eine besondere Entscheidung fordert von der Regierung eine beträchtliche Heraushebung der staatlichen Unterstützung und Gewährung ausreichender Zuschläge seitens der Gemeinden.

Zum Bundesvorsitzenden wurde Schindler-Berlin, zum Vorsitzenden des Ausschusses Merker-Köln gewählt. Die Leitung der Bundeszeitschrift „Der technische Angestellte“ wurde dem früheren Geschäftsführer des alten Bundes, Ingenieur Lüdemann-Berlin, übertragen.

Den Schluß der Tagung bildete ein Vortrag von Schindler-Berlin über „Gewerkschaften und Volksnahrung“.

Berichtszeitung.

Konflikt in den Pflichten des Lehrlings.

Auf Grund eines ausdrücklichen Verbots des Lehrherrn die Fortbildungsschule zu besuchen, war der Lehrling Gulez in Jaroschin an mehreren Tagen dem Unterricht in der Fortbildungsschule ferngeblieben. Gulez wurde wegen Uebertretung des Ortsstatuts und der Gewerbeordnung angeklagt. Er machte geltend, es könnte allein der Lehrherr bestraft werden, nicht aber er, da er das Verbot des Lehrherrn, in die Fortbildungsschule zu gehen, hätte befolgen müssen.

Das Landgericht in Krotoschin verurteilte jedoch den angeklagten Lehrling zu einer Geldstrafe. Es nahm an, daß

der Lehrling trotz seines jugendlichen Alters von 16 Jahren hätte wissen müssen, daß der Befehl des Lehrherrn, nicht am Unterricht teilzunehmen, ein durchaus unzulässiger gewesen sei; er hätte sich deshalb nicht an den Befehl beugen dürfen. Er hätte trotz jenes Befehls die Fortbildungsschule besuchen müssen.

Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob jetzt das Urteil auf und verwies die Sache mit folgender Begründung an die Strafkammer zurück:

Die Strafkammer sei von einem Rechtsirrtum in der Auslegung der §§ 127a und 130 Ziffer 4 der Gewerbeordnung ausgegangen. Nach den Feststellungen der Strafkammer sei sehr wohl als möglich zu denken ein Konflikt zwischen den Pflichten des Lehrlings gegenüber dem Lehrherrn und den Pflichten, die das Ortsstatut dem Lehrling gegenüber der Fortbildungsschule auferlege. Nach § 127a der Gewerbeordnung sei der Lehrling der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen, und es sei ihm auferlegt die Verpflichtung zur Folgsamkeit und Treue, zu fleißig und anständigem Verhalten gegenüber dem Lehrherrn, sowie demjenigen Zuchtmeister, der an Stelle des Lehrherrn die Ausbildung zu leiten habe. Unter diesen Umständen würde dann der Lehrling von Schuld am Nichtbeachten der Fortbildungsschule freizusprechen sein, wenn der Lehrherr seine Autorität als Lehrherr bei jenem Befehl ausgeübt hätte. Deshalb müsse die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an die Strafkammer zurückverwiesen werden.

Tobbringende Arznei.

Nach vier Jahren ist ein von der Witwe des im Jahre 1911 verstorbenen Genossen Freudenberg angestellter Schadenersatzprozeß zu ihrem Gunsten entschieden. Freudenberg war als Expedient bei der Jittauer „Volkstimme“ angestellt. Im Jahre 1911 nahm er ihm gegen Kopfleiden verordnete Kontrapillen. Wenige Stunden darauf verstarb er infolge der eingenommenen Pillen; in der Apotheke (in Landskron) hatte man zehnmal mehr Kontra für die Pillen verwendet als sie nach ärztlicher Vorschrift enthalten sollten. Es wurde nun gegen den Besitzer der Apotheke Gzsch und gegen dessen Provisor vorgegangen. Der Provisor verschwand, Gzsch endete durch Selbstmord. Die Erben des verstorbenen Apothekers sind nun vom Landgericht Hirschberg verurteilt, an die Witwe Freudenberg lebenslänglich und an deren beiden Kinder bis zu deren zurückgelegtem 18. Lebensjahr eine Rente zu zahlen.

Eingegangene Druckschriften.

Schule und Krieg. Sonderausstellung im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht Berlin, 208 Seiten. Weidmannsche Buchhandlung, Berlin SW. 68.
Internationale Rundschau. 1. Jahrgang, Heft 5. Erscheint monatlich. Einzelheft 50 Pf. Mit Institut Drexel Häsel, Paris.
Kunst und Künstler. 13. Jahrgang, Heft 12. Monatschrift für bildende Kunst und Kunstgewerbe. Vierteljährlich 6 M. B. Cassirer, Berlin, Dreflingerstr. 15.

Herrmann Tietz

Lebensmittel

Dienstag, soweit Vorrat:

Fleisch u. Fische nur Leipz. Str. u. Metz-Platz

Fleisch

Kalbskeule	Pfund	130
Kalbsvorderfleisch	Pfund	120
Schmorfleisch m. Knoch.	Pfd.	110
Rinderkamm	Pfund	100
Gulasch	Pfund	100
Hammelfleisch	Pfund	130
Hammel-Kotelett	Stück	20 Pf.
Pökelszunge	Pfund	120

Seefische

Schellfisch	Pfund	32, 45 Pf.
Gr. Angelschellfisch	Pfund	55 Pf.
Kabeljau im ganzen	Pfund	35, 45 Pf.
Seehecht	Pfund	45 Pf.
Extra gr. Salzheringe	2 St.	25 Pf.
Neue moll. Matjes-Heringe	Stück	15 Pf.

Obst und Gemüse

Kaiserkrone	Pfund	20 Pf.
Kongressbirnen	2 Pfund	45 Pf.
Kochbirnen	2 Pfund	15 Pf.
Tafeläpfel	Pfund	25, 35 Pf.
Kochäpfel	Pfund	13 Pf.
Weintrauben	Pfund	35 Pf.
Weintrauben (Tropfen)	Pfd.	78, 85 Pf.
Pflaumen	2 Pfund	25 Pf.
Pflaumen	Pfund	45 u. 55 Pf.
Wirsingkohl	Pfund	7 Pf.
Rotkohl	Pfund	7 Pf.
Mohrrüben	3 Pfund	25 Pf.

Geflügel

Gänse	Pfund	130, 140
Suppenhühner	Pfund	135
Junge Hühner	Pfund	170
Tauben	Stück	65, 90 Pf.

Grosser Handschuh-Verkauf

Leder-Handschuhe

Damen-Glacé-Lammler 2 Druckknöpfe	95 Pfennig	Damen-Ziegenleder farbig, schwarz, weiß	245
Damen-Schweden		Damen-Lammler in Qualität, ganz gesteppt, m. 2 Perimant-Druckknöpfen	
Herren-Glacé und Schweden	145	Herren-Nappa	290
Damen-Glacé-Lammler 2 Druckknöpfe		Damen-Mocha-Venezia	
Damen-Waschleder gelb u. weiss, zum Selbstwaschen in Wasser u. Seife	195	Herren-Mocha	290
Herren-Glacé-Lammler ganz gesteppt		Militärhandschuhe Chrom-Nappa, 2 Druckkn.	
Damen-Glacé-Lammler in Qualität, eleg. Ausf. mit eingest. Daumen	195	Damen-Stepper, Ziegenleder	325
Damen-Schweden starke Qual. mit Druckkn.		Damen-Ziegenleder in Qualität, in eleganter Ausführung	
Herren-Nappa durchgefärbt, ganz gesteppt		Herren-Nappa durchgefärbt, in Militärhandschuhe, 2 Druckknöpfe	

Stoff-Handschuhe

Damen-Trikot farbig, schwarz, weiss, 2 Druckkn.	38 Pf.	Damen-Seide glatt, 2 Druckknöpfe	95 Pf.
Waschleder-Nachahmung gelb, 2 Druckknöpfe	48 Pf.	Damen-Schweden-Nachahmung mit schwarzer Aufsicht	95 Pf.
Damen-Trikot 2 Druckknöpfe	55 Pf.	Dam.-Mocha-Nachahm. in Qual. Spezialmarke „Hertle“ in modernen Strassenfarben	125
Damen-Trikot mit weissem Vorstoss, 2 Druckkn.	65 Pf.	Damen-Seide glatt, mit verstärkten Fingerspitzen	135
Damen-Trikot mit Ledereinsatz u. seid. Halbspitze	95 Pf.	Herren-Schweden-Nachahmung mit Druckverschluss	95 Pf.
Damen-Schweden-Nachahmung	95 Pf.	Herren-Wildleder-Nachahmung starke Qualität m. Druckverschluss	145

Besonders vorteilhaftes Angebot:

Damen-Wildleder-Handschuhe s. I. ganz gesteppt regul. Preis bis 4⁵⁰ **290**

Damen-Mocha-Venezia in modernen Farben **290**

Ausstellung von Damenhüten für Herbst u. Winter

Grosse Ausstellung geschmackvoller, preiswerter Damen-, Backfisch- und Kinderhüte
PUTZ-NEUHEITEN: Gewähltes Lager in Blumen, Reihern, Federn und Bändern

Donnerstag, 9. September, Freitag, 10. September bleiben unsere Häuser geschlossen.

Wahlkreis und Abgeordneter.

Ein Wort über Parteidemokratie von Konrad Haenisch.

II.

Was soll nun geschehen, wenn in bedeutungsvollen Fragen eine Einigung zwischen der Parteiorganisation und ihrem Abgeordneten nicht zustande kommt, wenn es auch bei immer erneuter, ernstester Selbstprüfung (die ist selbstverständlich stets in solchen Fällen geboten) dem Abgeordneten unmöglich ist, sich der Auffassung seiner Parteiorganisation anzuschließen? Dann wird eben der Abgeordnete das tun, was sein Gewissen ihm vorschreibt, der Parteiorganisation aber muß es — falls bis dahin nicht die Zeit selbst ihr Urteil gesprochen hat — überlassen bleiben, bei der nächsten Wahl den Wählern einen anderen Kandidaten zu präsentieren. Es sind allerdings auch Fälle denkbar, in denen die Gegenstände einen so schroffen Charakter angenommen haben, in denen die zur Entscheidung stehenden Fragen von so überwältigender Bedeutung sind, daß die Parteiorganisation einen sofortigen Wechsel im Mandat für dringend geboten hält. Ich bin der letzte, der der Parteiorganisation das Recht bestreiten möchte, in einem solchen Falle den Abgeordneten zur Niederlegung seines Mandats aufzufordern und die Entscheidung in die Hand der Wähler zu legen. Nur ist es auch hier gut, an die „Konsequenzen“ zu denken. Denn es gibt — um wieder auf die drängenden Fragen des Tages zurückzukommen — nicht nur Wahlkreise, deren Abgeordnete ihren Organisationen in der Kriegfrage zu weit „rechts“ stehen (um diesen landläufigen, aber falschen Ausdruck einmal zu gebrauchen); auch umgekehrte Fälle kommen vor. Ja — sie sind sogar beträchtlich häufiger! Ich will keine Namen nennen, aber jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß Reichstagsabgeordnete, die in der Fraktion gegen die Kredite gestimmt haben, von den Organisationen ihrer Kreise oder Bezirke sehr nachdrücklich desavouiert worden sind. Es gibt solche Beispiele in Norddeutschland wie in Mitteldeutschland, in Ostdeutschland wie in Westdeutschland. Es stehen auch in sehr bedeutungsvollen Parteikörperchaften Genossen nach wie vor an der Spitze, deren Haltung in der Kriegfrage diametral der Haltung gegenübersteht, die die gewaltige Mehrheit dieser Körperchaften einnimmt. Wie nun, wenn die Partei mehrheitlich einmal den Spieß umdreht und von allen diesen Genossen verlangt, daß sie mit gutem Beispiele vorangehen und erst einmal ihrerseits „die Konsequenzen ziehen“? Ich möchte einem derartigen Verfahren ganz und gar nicht etwa das Wort reden, sondern will auf diese „Konsequenzen“ nur aufmerksam machen, um vor allzu großer Voreiligkeit in der Behandlung der Mandatsfrage zu warnen! Sonst könnte es geschehen, daß plötzlich ein halbes Duzend und mehr Reichstagsabgeordnete der Opposition ihrer Mandate verlustig gingen. Und — nicht wahr — das wäre doch „schade drum“?

Im übrigen sind, glaube ich, auch bei der Frage von Mandatsniederlegungen ein paar allgemeine Richtlinien streng zu beachten, und zwar:

Erstens: Die Mandatsniederlegung darf nur dann erfolgen, wenn sie wirklich und unabweisbar von einer zweifelsfreien Mehrheit der Parteigenossen gefordert wird.

Zweitens: Durch die Mandatsniederlegung dürfen nicht wichtige allgemeine Interessen der Partei und des Volkes geschädigt werden. Denn der Abgeordnete ist nicht nur der Vertrauensmann seines eigenen Wahlkreises, er ist zugleich auch Vertrauensmann der Gesamtpartei und Sachverwalter des ganzen Volkes.

Was den ersten Punkt betrifft, so stehen, nach den bisherigen Kundgebungen zu urteilen, von den organisierten Genossen des Wahlkreises Niederbarnim ein Drittel auf der Seite der Fraktionspolitik, zwei Drittel auf der Seite der Opposition. (Die verschiedenen Abstimmungen ergaben allerdings verschiedene Resultate, nach meinem Eindruck aus zahlreichen Versammlungen dürfte das hier angegebene Verhältnis ungefähr das richtige treffen.) Der andere, allerdings industriell weniger entwickelte und daher weniger stark organisierte Teil des Doppelwahlkreises, Oberbarnim, aber scheint fast ganz auf der Seite der Fraktion zu stehen. Die Hauptsache jedoch ist: aus beiden Wahlkreisen steht heute mindestens die Hälfte (wenn nicht weit mehr!) aller organisierten Genossen unter der Fahne! Alle diese sind heute völlig außerstande, ihr Wort in die Waagschale zu werfen — und sie sind in der Kriegfrage doch wahrlich die zum Urteil Verufensten! Wäre es nicht das Gegenteil von Demokratie, über den Kopf aller dieser Genossen hinweg eine so hochbedeutsame politische Aktion, wie Mandatswechsel und Neuwahl, in die Wege zu leiten?

Was aber den zweiten Punkt anlangt, die allgemeinen Partei- und Volksinteressen, so braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß die drei Barnimer Mandate uns nur zugefallen sind durch ein über ganz Preußen hin abgeschlossenes Kompromiß mit den Liberalen, daß wir keines von ihnen aus eigener Kraft erobern konnten und daß ein jetzt niedergelegtes Mandat — wie die Dinge einmal stehen — bei einer Neuwahl aufs äußerste gefährdet wäre. So leicht sind für uns aber in Preußen Mandate wirklich nicht zu holen, daß man eines davon (oder auch zwei — einzelne Verhörer wünschen ja, daß Genosse Otto Braun gleich mit mir demissioniert!) leichtfertig aufs Spiel setzen dürftel! Bei den nach dem Kriege unaussprechlichen Kämpfen um die Demokratisierung Preußens werden wir jedes einzelne Mandat verflucht notwendig brauchen und auch den Groß-Berliner Genossen, die heute im Unmut ausrufen: „Lieber gar keine Mandate als solche“, wird es dann nicht so ganz gleichgültig sein, ob die Sozialdemokratie zehn oder nur acht Mann im Preußenparlament sitzen hat! So ist also — aus formellen und aus sachlichen Gründen — die Barnimer Mandatsfrage eine Angelegenheit, die die ganze preußische Sozialdemokratie angeht, über die außer den Genossen des Wahlkreises selbst auch die preußische Landeskommission und der Parteivorstand (der vor zwei Jahren die zentralen Verhandlungen mit den Fortschrittlerführern führte) ein gewichtiges Wort mitzureden haben.

Der ausschlaggebende Grund für mich aber, unter den gegebenen Verhältnissen mein Mandat nicht niederzulegen, ist — ich will ganz rückhaltlos reden — der folgende: Die Öffentlichkeit weiß, daß in unserer preußischen Landtagsfraktion in der Kriegfrage zwei ganz gleich starke Gruppen einander schroff gegenüberstehen: fünf von uns billigen die Politik der Reichstagsfraktion, fünf halten die Politik des 4. August für einen schweren, verhängnisvollen Fehler. Eine Einigung zwischen diesen beiden Gruppen hat sich im Verlaufe dieses ganzen Jahres als völlig unmöglich erwiesen. Nur mit äußerster Anstrengung ist es gelungen, parlamentarische Schritte der preußischen Fraktion zu verhindern (mit Stimmengleichheit!), deren politischer Effekt kein anderer gewesen wäre und auch nach dem offen ausgesprochenen Willen der Antragsteller kein anderer sein sollte, als die Durchkreuzung der Politik der Reichstagsfraktion. fällt von den fünf Stimmen, die auf dem Boden des 4. August stehen, auch nur eine Stimme fort, so verfährt die Opposition in der preußischen Landtagsfraktion über die Mehrheit! Auf Schritt und Tritt wird sie dann — in der ehrlichen Absicht, so der Sache des Sozialismus aufs Beste zu dienen — der von allen Körperchaften, die bisher sprechen konnten (auch von der preußischen Landeskommission!) ausdrücklich gebilligten Politik der Gesamtpartei Steine in den Weg rollen — die Desorganisation der Partei wäre vollendet! Ganz abgesehen

von dem unermesslichen Schaden, den ein solches Vorgehen unserer preußischen Landtagsfraktion für die Sache des politischen Fortschritts in Preußen selbst, besonders für die Sache der preußischen Wahlreform bedeuten würde!

Ich kann und will nicht sagen, daß das alles die klar erkannten Absichten der Genossen sind, die meine Mandatsniederlegung betreiben, es wären aber jedenfalls die politischen Folgen dieser Mandatsniederlegung. Und für diese Folgen übernehme ich die Verantwortung nicht! In diesem Augenblick würde mein Verzicht auf das Mandat nichts anderes bedeuten, als einen Triumph der Opposition. Ein solcher Verzicht wäre heute gleichbedeutend mit dem kampflosen Verlassen eines wichtigen Postens im Felde — er wäre feige Fahnenflucht! Wollen die Barnimer Genossen bei den allgemeinen Neuwahlen daraus, daß ich heute so handle, wie es Pflicht und Gewissen erheischen, die „Konsequenzen ziehen“, mich nicht wieder aufstellen — nun, so ist das ihr gutes Recht und ich muß es eben leiden. Heute aber lege ich mein Mandat nicht nieder. Ich tue es selbst auf die Gefahr hin nicht, daß der eine oder der andere den schlechten Gesinnung haben sollte, deshalb mich einen „Meber“ zu schimpfen!

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 320 der preussischen Armee enthält folgende Zuppenteile:

- Infanterie um: Garde: 4. und 5. Garde-Regiment z. P.; 2. Garde-Reserve-Regiment; Grenadier-Regiment Franz; Garde-Füsilier-Regiment; Garde-Reserve-Jäger-Bataillon. Lehr-Infanterie-Regiment. Grenadier-, bzw. Infanterie-, bzw. Füsilier-Regiment Nr. 1, 5, 8 bis einschl. 18, 18 (s. Inf.-Reg. Nr. 14), 21, 37, 41, 43, 45, 46, 51, 53, 54, 56, 59, 64, 66 bis einschl. 70, 72, 73, 75, 76, 78, 81, 82, 84, 87, 89, 90, 92, 94, 96, 99, 108, 112, 115, 117, 128, 129 (s. auch Erf.-Inf.-Reg. Goebel), 132, 140, 141 (s. auch Erf.-Inf.-Reg. Goebel), 143, 147, 148 (s. Inf.-Reg. Nr. 149), 149, 150, 151, 152 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 61), 153, 154, 159, 162, 165, 171, 175 (s. auch Erf.-Inf.-Reg. Goebel), 330, 343 (s. Erf.-Inf.-Reg. Goebel), 361, 362, 369, 370, 371. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 3, 7, 9, 11, 13, 17, 22, 23, 29, 35 (s. Erf.-Inf.-Reg. Nr. 9), 56, 61, 65, 66, 68, 69, 74, 77, 80, 81, 82, 93, 118, 204, 209, 211, 212, 213, 218, 219 bis einschl. 224, 232, 257, 258, 260. Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 9, Goebel (s. auch Fest.-Maschinengewehr-Abt. Nr. 3 Graubenz) und Hoffmann. Reserve-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 1 und 3. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 2, 5, 10, 11, 1: 23, 39, 46, 74, 75, 76, 77, 87, 100. Landwehr-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 1. Landsturm-Infanterie-Regiment Nr. 7, 11, 109. Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 16 (s. Inf.-Reg. Nr. 361), 26 (s. Inf.-Reg. Nr. 369), 28 (s. Inf.-Reg. Nr. 370), 33 (s. Inf.-Reg. Nr. 362), 76 (s. Inf.-Reg. Nr. 371). Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 27 (s. Landwehr-Ers.-Inf.-Reg. Nr. 1). Landsturm-Infanterie-Bataillone: II Dt. Enslau, Forbach, III Reh. Mühlhausen i. Th., I Osterode, 2. Kastatt (s. Landsturm-Inf.-Reg. Nr. 109), III Tüft (s. Erf.-Inf.-Reg. Hoffmann). Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone: Dardersdorf, Lübeck, 4. Saarlouis. Jäger-Bataillon Nr. 4 (s. Ref.-Jäger-Bataillon Nr. 21); Reserve-Bataillon Nr. 21. Maschinengewehr-Abteilung Nr. 6; Gebirgs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 203; Feld-Maschinengewehr-Büge Nr. 234 (s. Landsturm-Inf.-Reg. Nr. 7) und 269 (s. Garde-Res.-Jäger-Abt.); Festungs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 3 Graubenz. Kavallerie: Garde-Reserve-Dragoon; Kürassiere Nr. 6; Dragoner Nr. 11, 12; Jäger zu Pferde Nr. 1; Reserve-Jäger zu Pferde Nr. 1; Reserve-Abteilung Nr. 49. Feldartillerie: 4. und 5. Garde-Regiment; 1. Garde-Reserve-Regiment; Regiment Nr. 20. Reserve-Regiment Nr. 5, 14, 25, 70. Fußartillerie: 1. Garde-Regiment; Regiment Nr. 2. Reserve-Regiment Nr. 4, 6, 11, 14, 25. Landwehr-Bataillone Nr. 4 und 210. Batterie Nr. 357. Pioniere: I. Garde-Bataillon; Regiment Nr. 19, 20, 24, 25; Bataillone: I. Nr. 2, II. Nr. 4, I. Nr. 6, I. Nr. 8, I. Nr. 21, I. Nr. 26, II. Nr. 27. Reserve-Bataillon Nr. 39. Ersatz-Bataillon Nr. 28. Kompanien Nr. 187 und 308. Reserve-Kompanien Nr. 48, 50, 76, 87. 2. Landwehr-Kompanie des XVIII. Armeekorps. Abteilung der 5. Kavallerie-Division. Festungs-Landwehr-Abteilung des XX. Armeekorps. Leichte Minenwerfer-Abteilung Nr. 245. Feldfliegertruppe. Magazin-Fuhrparkkolonne Nr. 25. Arbeiter- und Armierungs-Formationen: Arbeitskommando der 66. Infanterie-Brigade. Armierungs-Bataillone.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 218 meldet Verluste der Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 1, 3, 4, 5, 12, 15; Landsturm-Infanterie-Regiment, Passau; Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bat., Unterfranken II; 2. Schwere Reiter-Regiment, Landshut; 8. und 6. Feldartillerie-Regiment; Reserve-Feldartillerie-Regiment Nr. 9, 10; IV. Ersatz-Feldartillerie-Abt.; 1. und 2. Fußartillerie-Regiment; Reserve-Fußartillerie-Regiment Nr. 2; Pionier-Bat.; Pionier-Komp. Nr. 19; Reserve-Pionier-Bat. Nr. 2; Pionier-Vorkompagnien Nr. 6 und 10; Armierungs-Bat. Nr. 5; Etappen-Hilfsbataillon Nr. 6; Verichtigungen früherer Verlustlisten.

Die württembergischen Verlustlisten Nr. 256 und 257 veröffentlichen Verluste des Grenadier- und Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 119; Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 121; Grenadier-Regiment Nr. 123; Infanterie-Regiment Nr. 124, 125; Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 248; Dragoner-Regiment Nr. 26; Reserve-Feldartillerie-Regiment Nr. 54; 3. Reserve-Pionier-Komp.; Reserve-Artillerie-Munitionskolonnen Nr. 1; Verluste durch Krankheiten; Verichtigungen früherer Verlustlisten.

Landwehr-Inf.-Regiment Nr. 123, 124; Inf.-Reg. Nr. 126; Reserve-Inf.-Reg. Nr. 247; Gebirgs-Komp. Nr. 1; 3. Feld-Pionier-Komp.; Etappen-Kraftwagen-Parc., Armeekorps-Abteilung Falkenhäuser; Verluste durch Krankheiten; Verichtigungen früherer Verlustlisten.

Aus Groß-Berlin.

Das Personal der V. E. W. und die Stadt Berlin.

Bei der Uebernahme der V. E. W. in den Betrieb der Stadtgemeinde wurde auch die Frage des Angestelltenrechts aufgeworfen. Sie wurde dahin beantwortet, daß hierüber der Stadtverordnetenversammlung eine besondere Vorlage zugehen soll. Diese liegt nun vor. Der Magistrat legt Wert darauf, daß das bisherige bei den V. E. W. beschäftigte Personal (2300) möglichst vollzählig in den städtischen Dienst übernommen wird. Es sind drei Arten von Angestellten zu unterscheiden. Der größte Teil, besonders Arbeiter (1200) gehört einer besonderen Ruhegehaltsklasse für die Angestellten der V. E. W. an. Dieser Teil hatte 4 Proz. seines Einkommens als Beitrag zur Kasse zu entrichten. Die V. E. W. leisteten einen ebenso großen Zuschuß. Jedes Mitglied hatte Anspruch auf Ruhegehalt, wenn es 65 Jahre alt oder nach zehnjähriger Mitgliedschaft untauglich geworden war. Dies Ruhegehalt begann mit 1/100 des Einkommens und stieg bis 1/50. Nach den Satzungen würden nun die Mitglieder, die am 1. Oktober in städtische Dienste übertreten, ihre Ansprüche verlieren und nur die Beiträge zurückerhalten. Es ist nun ein Abkommen getroffen worden, welches ermöglicht, den in städtischen Dienst übertretenden Mitgliedern die Mitgliedschaft nach den für die städtischen Angestellten gültigen Bestimmungen anzurechnen. Dafür müßte die Kasse rund 648 000 M. der Stadt zahlen. Mit Zustimmung des Magistrats und der

V. E. W. ist nun von der Kasse eine Satzungsänderung beschloffen worden, wonach der Kasse ein Rest von 1 Million Mark verbleibt.

Ein anderer Teil der Angestellten unterliegt dem Reichsversicherungsgesetz für Angestellte. Er gehört der genannten Kasse nicht an. Diesem steht kein Anspruch gegen die V. E. W. auf Ruhegehalt usw. zu. Diese Angestellten sollen mit einem neuen am 1. Oktober beginnenden Dienstalter dem Gemeindebeschluß vom 10. 1. 13 unterstellt werden. Endlich gehören zum Personal noch solche Personen, die zwar ausschließlich im Dienst der V. E. W. tätig sind, formell aber von der V. E. W. angenommen worden sind, und daher auch den für die Angestellten der V. E. W. geltenden Bestimmungen unterliegen. Bei der V. E. W. besteht eine besondere Ruhegehaltsklasse nicht. Die Gesellschaft gewährt indes nach zehnjähriger Beschäftigung ein Ruhegehalt, sowie Hinterbliebenengeld für Witwen und Waisen. Diesen Angestellten sollen nun bis 1925 ihre Rechte belassen werden. Dafür zahlt die V. E. W. 100 767 M. Nach 1925 treten die Bestimmungen für städtische Angestellte in Kraft. Die zum Kriegsdienst eingezogenen Arbeiter und Angestellten werden ebenfalls in dem städtischen Dienst übernommen. Vom 1. Oktober ab werden ihnen die Bezüge weitergezahlt, die ihnen bisher bewilligt worden sind.

Durch dieses Abkommen dürften die Versorgungsansprüche der Arbeiter und Angestellten eine Regelung erfahren haben, offen dagegen bleibt die Regelung der Lohn- und Gehaltsfragen der Arbeiter und Angestellten, die nach den gefassten Beschlüssen zunächst Sache des Aufsichtsrats sind.

Wenn man nachts einen Arzt braucht.

Wie schwer bei Nacht ärztliche Hilfe heranzuschaffen ist, hat schon mancher bitter genug erfahren müssen. Ein neuer Beitrag zu diesem traurigen Kapitel ist ein Fall, der sich in der Nacht vom Sonntag zum Montag abgespielt hat. Am späten Abend etwa um 11 Uhr wurde vor dem Hause Kottbuser Damm 60 von Straßenpassanten ein Mann bewußtlos aufgefunden. Man verfuhrte, einen in diesem Hause wohnenden Arzt herbeizuholen. Aber die Auskunft lautete, der Herr Doktor sei nicht zu Hause. Ein Versuch, aus dem nahegelegenen Urban-Krankenhaus einen Arzt durch Telefon herbeizurufen, hatte zunächst ebenso wenig Erfolg. Von dort aus soll geantwortet worden sein, man möge den Verunglückten hinbringen. Dieser war inzwischen in den Hausflur hineingetragen worden und lag dort, einem Toten gleich. Aus Papieren, die sich bei ihm fanden, wurde er als ein im Hause Pflegerstraße 2 wohnender Kürschner Rölle ermittelt. Ein Schutzmann, der sich sofort nach der Wohnung begab, kam zurück mit der Meldung, die Frau habe „unrichtige Wochen“ und liegt hilflos da. Für sie selber hatte R. offenbar einen Arzt herbeiholen wollen, und auf seinem nächtlichen Wege durch die Straßen wurde er dann von einem Unfall betroffen. Auf neue wurde jetzt der Versuch gemacht, einen Arzt heranzuschaffen, um der Frau helfen zu können. Ein Herr telephonierte wieder an das Urban-Krankenhaus und ging schließlich selber dorthin. Als er endlich mit einem Arzt zurückkehrte, war der Strömungsflut inzwischen weggebracht worden, nachdem er volle drei Stunden in dem Hausflur gelegen hatte. Dem Arzt blieb nur noch übrig, sich jetzt schleunigst zu der hilfbedürftigen Frau zu begeben.

Erstochen.

In einem Streit hat der 21 Jahre alte Schlächter Rorngang aus der Reichenberger Straße am Sonntagabend an der Ecke der Gollnow- und Weinstraße den 28 Jahre alten Landsturmmann Paul Schild erstochen. Der Tod trat alsbald ein. Schild war erst kürzlich verwundet aus Rußland zurückgekommen und sollte dieser Tage nach Königsberg zurückkehren.

Der Mord in der Schonung bei Verkenbrück.

In der vergangenen Nacht gelang es zu ermitteln, daß Göttschau unter dem Namen Werkzeugmeister Joseph Weik vom 23. bis zum 25. August im Hotel Engel am Schlesischen Bahnhof gewohnt hat. Seine Zeitungsanzeige lautete: „Junger Mann, intelligent, Schlosser bevorzugt, der Flugzeugingenieur beim Konstruieren von Modellen zur Hand geht, sofort gesucht. 200 Mark pro Monat. Hotel Engel, Zimmer 5, Schlesischer Bahnhof 4, melden 4 Uhr ab.“ Auf diese Anzeige kamen so viele Bewerber, daß es dem Pfortner D. zu viel wurde. Er erludete deshalb den Werkzeugmeister, sein Sprechkammer anderstwehlin zu verlegen. Der Verhaftete wurde gestern vormittag dem Pfortner D. gegenübergestellt. D. erkannte ihn sofort wieder. Göttschau aber erklärte, den Mann habe er in seinem Leben noch nicht gesehen. Alle Angaben Göttschaus, die bis jetzt geprüft werden konnten, erwiesen sich als unwahr.

Nach seinen Erzählungen arbeitete Göttschau zuletzt als Maschinist in einer Fabrik in Fürstenwalde. Er hatte sich nun fest vorgenommen, nach Abschluß seines Verbrecherlebens ein anderer Mensch zu werden, und kam dabei auf den Gedanken, nach Berlin zu fahren, um sich neue Papiere zu verschaffen. In einer Herberge in der Koppensstraße traf er einen Mann, dem er offenbarte, daß und weshalb er neue Papiere brauche. Er sei dann mit seinem Rad nach Landsberg a. W. zu seinen Eltern gefahren und habe seiner Mutter seine Browningpistole gegeben, die Mutter habe sie dann an einen unbekanntem Mann verkauft. Von Landsberg sei er nach Fürstenwalde gefahren, um neue Arbeit zu suchen. Wegen der neuen Papiere sei er dann aber erst noch nach Berlin gefahren, wahrscheinlich an einem der letzten Tage des August. Jetzt habe er auch den Mann in der Herberge wieder getroffen und die Papiere von ihm bekommen. Später habe er im Arbeitsnachweis gesehen, daß die Berliner Elektrizitätswerke Schlosser suchen. Da habe er sich als Krause gemeldet und sei mit seinen Papieren auch angenommen worden. Soweit seine Erzählungen, die erst noch geprüft werden. Belastend für Göttschau sind u. a. auch die Postkarte an Frau Klawitter und die Handschrift der Zeitungsanzeige. Der Verhaftete schrieb unter dem Namen Willi Krause an Frau Klawitter in der Reinickendorfer Straße um die Brotkarte. Dabei redete er sie „Liebe Frau Klawitter“ an. Er wußte nicht, daß Frau Klawitter die Schwester des wirklichen Krause ist. Er entschuldigte sich auch wegen der schlechten Handschrift und zwar damit, daß er sich bei der Arbeit eine Verletzung zugezogen habe. Nun stimmt die Handschrift dieser Postkarte, obwohl sie absichtlich „verschlechtert“ sein mag, mit der der Urfschrift der Zeitungsanzeige und des Zettels überein, der in dem Portemonnaie des Ermordeten gefunden wurde und, wie wir schon mitteilten, den Vermerk über die Station Verkenbrück und die Abfahrt eines Zuges enthielt.

Göttschau wird auf Verfügung des Amtsgerichts Fürstenwalde zunächst dem hiesigen Untersuchungsrichter vorgeführt werden. Es ist nach seinem Vorleben nicht ausgeschlossen, daß er auch noch andere, bisher nicht aufgeklärte Verbrechen auf dem Korbholz hat. Vermerkenwert ist nach dieser Richtung, daß der Pfortner Dahmert bei diesem Manne, der doch nicht gearbeitet hat, mehrere Hundertmark Scheine im Portemonnaie sah. Die Vorführung erfolgt wegen Mordes und Raubes.

Zu dem Mädchenmord in der Weissenburger StraÙe wird mitgeteilt, daÙ ject auch die Vormünderin der zu Tode geprügelten Minna Neumann, Frau Kallweit aus Jodlaußen, in Berlin eingetroffen ist. Sie wurde gestern eingehend vernommen. Ihre Verurteilungen widersprechen allen Behauptungen der verhafteten Frau Köß. Daß diese durch Verabredung mit der Vormünderin verpflichtet gewesen wäre, das Mädchen bis zu April 1916 bei sich zu behalten, davon ist gar keine Rede, erst recht nicht von einem schriftlichen Vertrage dieser Art. Frau Kallweit ließ ihr Mündel nur auf dringende Bitten der Frau Köß bei dieser zurück, als sie selbst wieder nach Ostpreußen ging. Sie glaubte es in guten Händen, weil es sich nicht beklagte. Die Vormünderin kann sich das bei der unumstößlichen Behandlung nur daraus erklären, daß das Mädchen, wie sie sich in der Volkssprache ausdrückt, „blöde“ war. Diese Wesensveranlagung brachte es mit sich, daß die Kernste lieber still duldete und litt, als sich über Kränkungen und Unrecht zu beklagen und zu beschweren. In Ostpreußen war Minna Neumann auf drei Gütern als Haus- und Zimmermädchen, überall länger als ein Jahr. Von keiner Dienstherrin hat die Vormünderin auch nur eine einzige Klage über sie gehört. Ueber ihre Dienstherrin hat Minna niemals abfällige Bemerkungen gemacht, am wenigsten Äußerungen über Mißhandlungen, wie Frau Köß sie ihr in den Mund legte und wie sie sie auf Geheiß dieser Frau niederschreiben mußte, weder zu Frau Kallweit noch zu anderen Leuten.

Hermann Müdiger. Wieder hat der Tod einen wackeren Kämpfer der Internationalen hinweggerafft. Genosse Hermann Müdiger ist im Alter von 61 Jahren gestorben. Als Tischler von Verus hat er sich schon Anfangs der siebziger Jahre der alten Internationalen Vereinigung in Zürich angeschlossen. Nachdem er hier einige Jahre im Verein mit alten bekannten Parteiführern tätig gewesen, führte ihn sein Lebensweg über Wien nach Budapest, wo er auch die erste Berufsorganisation der Tischler mitbegründete. Er reiste nach Belgrad, übernahm neben der Organisation seiner Berufskollegen die neuen Ideen der Internationalen propagierend. Nach Wien zurückgekehrt, erregte seine Tätigkeit die Aufmerksamkeit der politischen Polizei. Einer Ausweisung zuvorkommend, siedelte er 1876 nach Berlin über, wo er unter dem Sozialistengesetz sich in der intensivsten Weise im dritten Reichstagswahlkreis betätigte. Im Jahre 1891 verheiratete er sich. Doch noch einmal packte ihn der Drang, in die Ferne zu ziehen. 1894 fuhr er mit seiner Lebensgefährtin nach Argentinien, wo er als Pionier der internationalen Sozialdemokratie im Vorstand des „Arbeitervereins Vorwärts“ zu Buenos Aires wirkte. Auf Wunsch seiner Frau führte ihn sein Weg 1896 nach Berlin zurück. Die letzten Jahre seiner Berliner Tätigkeit waren Jahre emsiger Arbeit. Neben jahrelanger Arbeit in der Agitationskommission der Tischler war er mehrere Jahre im Vorstand des dritten Wahlkreises. Bis an sein Lebensende erfüllte er seine Parteipflicht als Bezirksführer und zwar zuletzt im zweiten Wahlkreis. Das Ideal seines Lebens war die Partei. Als Mensch kann er jedem als leuchtendes Vorbild dienen.

Die Nagelung des Eisernen Hindenburg auf dem Königsplatz kann täglich von 9—6 Uhr erfolgen. Nägel werden an Ort und Stelle von Soldaten verkauft.

Töblich verunglückt ist gestern nachmittag ein junger Glaser, der einen ihm befreundeten Berufsgenossen bei der Arbeit am Oberlicht eines Geschäftshauses in der Marktgrafenstraße besuchte. Er trat fehl, fiel durch das Glasdach in den Geschäftsräum, den es überdeckte, hinunter, und zog sich einen Schädelbruch zu. Der Verunglückte starb in der Charite, schon eine Viertelstunde nach der Aufnahme.

Wem gehört das Kind?

Das königliche Polizeipräsidium teilt mit: Angeblich ein Zigeunerkind, will ein Mädchen sein, das sich Charlotte Erdmann nennt und am 18. Oktober 1902 geboren sein will. Das Mädchen, welches hochdeutsch spricht und fließend lesen und schreiben kann, ist etwa 1,38 Meter groß, hat mittelblondes Haar, geundenes, frisches Gesicht, blaue Augen und macht keineswegs den Eindruck eines Zigeunerfindes. Als es am 27. August d. J. von einem hiesigen Waschanstaltbesitzer in Walsdorf a. d. Ostbahn aufgefunden wurde, trug es ein blaues Kleid mit Matrosenfransen, rot besetzt, einen blauweiß karierten Rock und blauweiß gestreifte, roteingefasste Hängeschürze. Es war ohne Fußbekleidung. Ueber seine Herkunft macht das Kind folgende Angaben: Es will mit seinem Vater, dem Zigeuner und Pferdehändler Otto Erdmann, 48 Jahre alt, einer Schwester Hildegard, 11 Jahre alt, und einem Bruder Franz, 7 Jahre alt, in einem Wohnwagen, der sich bei weiteren zwei Wohnwagen befand, von Schlesien kommend von Ort zu Ort gereist sein. Seine Mutter soll verstorben sein. In Walsdorf will es beim Spielen zurückgeblieben und von dem Wagen abgekommen sein. Diese Angaben erscheinen unglaubwürdig, es ist vielmehr anzunehmen, daß das Mädchen in der weiteren Umgebung von Berlin seinen Eltern fortgelaufen ist und sich herumgetrieben hat.

Nachrichten erbittet das Polizeibezirksamt Berlin-Mitte, Rollenmarkt 1, zu Nr. B. I. 15 2512.

Kleine Nachrichten. In der Badstraße wurde am Sonntagabend gegen 1/2 8 Uhr die 41-jährige Frau Landgraf von einem in der Richtung nach Schönholz fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 38 angefahren; sie erlitt bei dem Sturz auf das Straßenpflaster eine Gehirnerschütterung, die ihre Aufnahme in das jüdische Krankenhaus erforderlich machte. — An der Ecke der Schloßstraße und der Kaiser-Allee fuhr ein unbefestigtes Automobil des Prinzen von Schaumburg-Lippe gegen einen Straßenbahnwagen der Linie W., wobei der Triebwagen aus den Schienen sprang. Infolge des Zusammenstoßes wurde die Vorderplattform des Bahnwagens eingebückt und der Kühler des Kraftwagens stark beschädigt. Verionen wurden nicht verletzt. — Eine anderthalbstündige Störung im Straßenbahnbetriebe ereignete sich am Sonntagmittag am Kastanienwäldchen. Dort entgleiste ein Triebwagen der Linie 40 mit dem Hinterrad in der Kurve und sperrte infolgedessen das Gleis in der Richtung nach dem Hadeschen Markt. Während der Dauer der Störung von 11.30 bis 1 Uhr wurden die Wagen der Linien III, 12, 18, 22, 33, 40, 42, 48, 53, 54, 55 und 133 über den Schloßplatz durch die König- und Spandauer Straße über den Hadeschen Markt abgeleitet. Durch den Rettungswagen der Straßenbahn wurde die Störung beseitigt.

Berichtigung. In der Rundmachung des I. und I. General-Konsulats Berlin an die österreichischen, ungarischen und bosnisch-herzegowinischen Wehrpflichtigen vom 31. August d. J. muß es am Schluß von Nr. 1 richtig heißen: Ferner die Landsturmpflichtigen der Geburtsjahrgänge 1878 (nicht 1874) bis 1890 sowie 1892 bis 1894, die bisher zur angeordneten Nachmusterung (seit Mai 1915) nicht erschienen sind.

Aus den Gemeinden.

Steuerfuß und Gemeindevertreterwahl in Lantwiz.

Die Gemeindevertreterversammlung hatte Anfang dieses Jahres die Gemeindesteuer auf 120 Proz. des Staatssteuerfußes festgesetzt. Lange Zeit hörten die Einwohner dann nichts mehr über den Steuerfuß, bis im August plötzlich der Steuerzettel kam, nach dem die Gemeindesteuer jetzt 125 Proz. betragen. Argendene Aufklärung der Einwohner hielt der Gemeindevorstand für überflüssig; man kann deshalb nur vermuten, daß der Kreisaußschuß die finanzielle Lage der Gemeinde als eine beratige betrachtet, daß mit 120 Proz. nicht mehr auszukommen ist.

Vor vielen Monaten ist die im Jahre 1912 in der dritten Wählerklasse vollzogene Wahl des Gemeindeverordneten Bartel in letzter Instanz für ungültig erklärt worden. Da der Gemeindevorstand keine Maßnahmen für die Neuwahl traf, mußte man daher annehmen, daß diese Ergänzungswahl erst im nächsten Frühjahr gleichzeitig mit den regelmäßigen Neuwahlen stattfinden werde. Inzwischen ist nun am 2. September im Amtsblatt eine Bekanntmachung erschienen, wonach eine Gemeindeergänzungswahl am 10. September von 9—4 Uhr stattfinden werde. Also die Zeit von einer Woche, die zwischen der Bekanntmachung und dem Wahltag liegen muß, ist gerade gewahrt. Der Gemeindevorstand hat viel Zeit gebraucht, um die Wahl anzubereiten, dafür wird aber den überraschten Wählern für ihre Wahlvorbereitungen um so weniger Zeit gegönnt. Und bei den Wahlstunden wird auf die Bedürfnisse der Wähler nicht die geringste Rücksicht genommen. Die sozialdemokratischen Wähler haben daher beschlossen, für die bevorstehende Wahl Stimmenthaltung zu üben. Wie es heißt, haben sich die bürgerlichen Parteien auf die Kandidatur des Postsekretärs Streibing geeinigt, der bisher zur bürgerlichen Gemeindeopposition gehörte.

Stadtverordnetenversammlung in Bernau.

Die letzte Sitzung konnte nur dadurch beschlußfähig gemacht werden, daß der dreizehnte Stadtverordnete telefonisch zur Sitzung gebeten wurde und nach einer halben Stunde erschien. — Bei der Erteilung von Kanalisationsarbeiten an die Firma C. Rosenfeld als Mindestfordernde erhoben einige Hausbesitzer Einspruch, da die Firma bei der Anlage des Wasserwerkes von einigen Hausbesitzern für geleistete Arbeit zu hohe Bezahlung beansprucht habe. Dieser Einspruch wurde mit zehn gegen drei Stimmen zurückgewiesen. — Von unseren Genossen war noch beantragt worden, die in diesem Jahre fälligen Stadtverordnetenwahlen bis nach dem Kriege hinauszuschieben. Beschlossen wurde, bei anderen Gemeinden Erkundigungen einzuziehen.

Soziales.

Getauschte Erwartungen.

In ihrer berechtigten Erwartung, daß sie nach erfolgter Gehaltskürzung während des Krieges in ihrer Stellung bleiben würde, sah sich die Direktrice Neumann arg getäuscht.

Sie war seit dem Jahre 1909 in dem Damenkonfektionsgeschäft von August Lüders, Friedrichstr. 66 mit einem Monatsgehalt von 170 M. als Direktrice angestellt. Nach Ausbruch des Krieges erklärte sie sich mit einer Herabsetzung des Gehalts auf 100 M. einverstanden unter der Voraussetzung, daß sie während des Krieges nicht entlassen würde. Aber es kam anders. Fräulein Neumann verlor ihre Stellung Ende April 1915 und klagte nun beim Gewerbeamt auf Schadenersatz. In der Verhandlung vor der Kammer I wurde folgender Sachverhalt festgestellt.

Die Firma August Lüders kam im August 1914 unter Geschäftsaufsicht. Für den Gläubigerklubverband für Handel und Industrie übernahm ein Herr Kunisch das Warenlager der Firma und betrieb den Ausverkauf desselben. Während dieser Zeit war die Klägerin immer noch in ihrer Stellung in dem Geschäft tätig. Sie hat zwar, als der Gläubigerklubverband das Geschäft übernahm, ihre Kündigung erhalten, aber einer der bisherigen Inhaber der Firma August Lüders hat der Klägerin versichert, nach Beendigung des Ausverkaufs werde das Geschäft weiterbetrieben, und sie ersucht, nach Ablauf der Kündigungszeit im Geschäft zu bleiben. Unter diesen Umständen hat die Klägerin — wie sie angab — geglaubt, daß hinsichtlich ihres Arbeitsverhältnisses alles beim alten bleiben würde, da sie ja mit denselben Personen als Arbeiterin zu tun habe. Doch in dieser Erwartung sah sich die Klägerin getäuscht. Aus dem Eigentum des Gläubigerklubverbandes ging das Geschäft in die Hände eines Herrn Williger über. Dieser gründete im Verein mit dem Herrn Lüders und einem dritten Herrn namens Blümel ein jetzt noch bestehendes Geschäft unter der Firma Rodenhäus Lüders & Co. m. b. H. Friedrichstr. 66. Die Klägerin wurde von dieser Firma in ihrer bisherigen Stellung übernommen, aber bald darauf gekündigt und entlassen.

Es erscheint durchaus glaubhaft, wenn die Klägerin versicherte, daß ihr die rechtlichen Änderungen, welche der Firmenwechsel mit sich bringt, gar nicht zum Bewußtsein gekommen sind, sondern sie vielmehr geglaubt hat, sie sei immer noch bei ihrem bisherigen Arbeitgeber in Stellung, der nur den Namen der Firma geändert habe, aber die ihr gegenüber eingegangenen Verpflichtungen erfüllen müsse. Die Klägerin beansprucht deshalb Nachzahlung der Gehaltsdifferenz und Schadenersatz im ganzen 525 M. und zwar richtet sie die Klage nicht gegen die Firma, sondern gegen die drei Inhaber Lüders, Blümel und Williger.

Der Vorsitzende, Magistratsrat Dr. Leo, legte der Klägerin eingehend dar, daß ihre Klage aussichtslos sei, weil die Firma August Lüders, mit der sie ihre Vereinbarung getroffen habe, gar nicht mehr existiere und die Beklagten nicht herangezogen werden könnten für die von der Firma August Lüders etwa eingegangenen Verpflichtungen. — Nach diesen Darlegungen ließ sich die Klägerin zu einem Vergleich bewegen, wonach sie von den Beklagten 50 M. erhält.

Lungentuberkulose und Unfall.

Der dem Gesetz widersprechenden Auffassung, zur Verursachung der Körperbeschädigung genüge nicht allein die Mitwirkung des Unfalls, ist das Reichsversicherungsamt abermals in folgendem Unfallrechtsstreit entgegengetreten.

Ein Streckenarbeiter hatte am 18. Juni 1910 mit noch fünf Arbeitern eine 15 Meter lange Schiene zu tragen. Wäplich drang ihm Blut aus Nase und Mund. N. mußte die Arbeit ausgeben und meldete sich beim Bahnarzt krank. Er wurde etwa vier Wochen behandelt. Am 18. Juli nahm er die Arbeit wieder auf, mußte diese aber am 22. Juli wieder aufgeben. Dann wurde er wegen Lungentuberkulose bis zum 16. Oktober 1910 behandelt.

Der Streckenarbeiter beantragte beim Eisenbahnfiskus Unfallrente. Sein Antrag wurde aber abgelehnt, weil nach einem ärztlichen Gutachten die Erkrankung schon vor dem Unfall, ohne daß der Arbeiter es wußte, bestanden habe. Die Lungentuberkulose habe sicher schon Mitte Juni 1910 bestanden.

Der Arbeiter starb infolge der Tuberkulose. Die Witwe verfolgt die Rechte ihres verstorbenen Ehemannes und ihre eigenen Rechte sowie die der Kinder weiter. Aber auch das Schiedsgericht für Arbeiterverficherung wollte nicht anerkennen, daß ein Unfall vorliege. Denn das Tragen einer Schiene stehe mit der Tuberkulose in keinem Zusammenhang, es sei dies keine Gewaltwirkung, die das Lungenblut ausgelöst habe.

Der Refus der Witwe an das Reichsversicherungsamt hatte Erfolg. Es beurteilte den Eisenbahnfiskus zur Zahlung der Hinterbliebenenrente. Das Reichsversicherungsamt hatte ein Obergutachten eingeholt. Dies sprach sich dahin aus, die Betriebsarbeit habe eine verschlimmernde Wirkung auf die vor dem Unfall doch höchstens latent vorhandene gewesene Lungentuberkulose (der Verstorbenen war vor dem Unfall wegen Tuberkulose behandelt) ausgeübt und damit auch den Eintritt des Todes beschleunigt. In den Gründen des Reichsversicherungsamts heißt es u. a.: „Es ist nach dem Zeugnis des Streckenarbeiters Johann W. als erwiesen anzusehen, daß der Verstorbene bei der Betriebsarbeit am 18. Juni 1910, nach

Absetzen einer Schiene, die er zusammen mit W. getragen hatte, aus Nase und Mund blutete. Nach den ergründeten Gutachten des Dr. Sch. und des Geh. Medizinalrat Prof. Dr. J. ist mit überwiegender Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der Verstorbene durch das Anheben und Tragen der Schiene eine Lungenblutung erlitten hat, durch welche das bei ihm bereits vorhandene tuberkulöse Leiden wesentlich verschlimmert und der Eintritt des Todes wesentlich beschleunigt ist. Bei dieser Sachlage war die Frage des ursächlichen Zusammenhanges zwischen dem Betriebsunfall vom 18. Juni 1910 und der zum Tode führenden Krankheit des Verstorbenen zu bejahen und der Anspruch auf Erben- und Hinterbliebenenrente anzuerkennen.“

Aus aller Welt.

Die Ueberschwemmungskatastrophe in Bari.

Ueber das Unglück in Bari wird der Presse noch das nachsichende mitgeteilt: Die Wasserkatastrophe in Bari nimmt trotz der offensichtlichen von der Prehaufsicht veranlaßten Zurückhaltung der Zeitungen große Ausdehnungen an. Die Zahl der Opfer beträgt etwa 20 Tote und 300 Verwundete und ist verhältnismäßig nicht groß, da um 9 Uhr abends im Süden die Bevölkerung auf der Straße zu sein pflegt. Unerkennbar hingegen ist der Millionen Schaden, der durch den Einsturz hundertert Häuser, Zusammenbruch von Weiden, Zerstörung von Straßen, Verwüstung der Felder verursacht worden ist. Die Ursache der Katastrophe bildet zugleich eine schwere Anlage gegen den Staat Apulien. Apulien ist bekanntlich wasserarm und wird deshalb durch Bewässerungswerke künstlich mit Wasser versorgt, deren Mittelpunkt in der Provinz Bari ein Staudamm bei Canneto im Murgetale ist. Im Jahre 1906 brach der Damm bei einem großen Gewitter und rief eine Ueberschwemmung in Bari hervor. Trotzdem erfolgte ein Füllwerk statt eines Neubaus. Der jetzige zweite Dammbau stellt jedoch eine größere Katastrophe als das damalige Unglück dar. Salandra schickte 10 000 Liere; es werden aber Millionen nötig sein.

„Auf Wiedersehn!“ Den bisher üblichen Abschiedsgruß „Adieu“ wollen viele Leute nicht mehr gebrauchen, und sie haben an Stelle dessen das Wort „Auf Wiedersehn“ gewählt. Daß dieser Gruß auch an unrechter Stelle gebraucht werden kann, zeigte sich vor dem Kriegsgericht in Leipzig bei der Verhandlung gegen eine sechsundzwanzigjährige Gastwirtsstöchter, die einem angetrunkenen Arbeiter noch ein Glas Bier verabfolgt hatte. Das Gericht hatte auf einen Tag Gefängnis erkannt, und der Vorsitzende teilte der Angeklagten mit, daß sie die Strafe nicht werde absitzen brauchen, wenn sie sich gut führe. Mit den Worten: „Auf Wiedersehn!“ verließ die Angeklagte den Anklageraum. „Aber nicht doch“, erwiderte der Gerichtsvorsitzende, „wir wollen Sie nicht mehr wiedersehen.“ Der ganze Gerichtshof, aber auch die im Zuschauerraum anwesenden Leute brachen in ein schallendes Gelächter aus.

Hochwasser in München. Aus München wird berichtet, daß dort die Isar Hochwasser führt. Die Isarauen sind überschwemmt.

Selbstmord auf den Schienen. Auf der Strecke Heidenau—Werna fand man die Leiche der 28-jährigen Frau des Unteroffiziers Lieblicher auf. Die Frau, deren Mann im Felde steht, hatte sich wegen einer gegen sie erstateten kleinen Anzeige überfahren lassen. Vorher hatte sie versucht, ihre fünf kleinen Kinder durch Öffnen der Gasähne zu töten, doch wurden Nachbarn rechtzeitig aufmerksam und retteten die Kleinen.

Parteiveranstaltungen.

- Erster Wahlkreis.** 2. Abteilung. Morgen Mittwoch gemeinsamer Jahlabend bei Hm. Holzgartenstr. 6.
- Dritter Wahlkreis.** 2. Abteilung. Am Freitag den 12. d. M. 143 und 234 findet der Jahlabend bei Holsmann, Oranienstr. 180, statt. — Die Bezirke 224—226a der 5. Abteilung halten ihren Jahlabend nicht. Rittersstraße 123, sondern Rittersstraße 121 ab.
- Dritter Kreis.** 3. Abteilung. Gemeinschaftlicher Jahlabend bei Mag. Dippel, Hollmannstr. 16.
- Schöneberg.** Der gemeinschaftliche Jahlabend des Bezirks 7 findet bei Rindl, Paugener Str. 10, statt.
- Rosenhain-Niederhauhausen-West.** Jahlabend für alle 5 Bezirke im Lokal von Wilbrodt, Borkas.
- Niederhauhausen-Nordend.** Mittwoch, den 8., gemeinsamer Jahlabend bei Kettig, Bienenburger Str. 4. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erforderlich. Mitgliedsbuch mitbringen.
- Friedrichshof.** Am Mittwoch gemeinsamer Jahlabend bei Dorn, Prinzessinallee.
- Köpenick.** Gemeinschaftlicher Jahlabend am Mittwoch, den 8. Sept., im Stadttheater, Kleiner Saal.
- Rechnungsabrechnung.** Mittwoch, den 8. September, abends 1/2 9 Uhr: Mitgliederversammlung in „Villa Rahl“. Tagesordnung: Die Lebensmittelversorgung am Orte. Beschaffung von Futtermitteln. Referent: Gemeindevorsteher Genosse H. Schilling. Vereinsangelegenheiten.
- Alt-Glienice.** Mittwoch, den 8. September, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Rudower Str. 54, gemeinsamer Jahlabend.
- Lichterfelde.** Mittwoch, den 8. September, 8 1/2 Uhr abends, bei Mahrenhorst, Bälstr. 7: Gemeinsamer Jahlabend.
- Petershagen-Friedrichsdorf.** Mittwochabend 8 1/2 Uhr gemeinsamer Jahlabend bei Richter am Bahnhof. Pflicht der Mitglieder ist es, pünktlich zu erscheinen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Sindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Eintrag ist ein Wunsch und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsauskunft beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. Peträge, Schriftstücke und verglichen Dinge man in der Sprechstunde mit.

- N. 22.** Ihre Frage aus Erbvererbung kann nur beantwortet werden, wenn das nähere Verwandtschaftsverhältnis angegeben wird. —
- G. 6. 8.** In diesem Falle kann von Abnen nicht verlangt werden, den Vater noch zu unterhalten, da er nach Ihren Angaben seinen Unterhalt hat. —
- N. 6.** Die Kriegszeit wird auf die Dienstzeit angerechnet. —
- N. 36.** Eine bestimmte Grenze ist dafür nicht gezogen. Es kommt dabei in Betracht die Höhe des Verdienstes und wie viel Kinder vorhanden sind. Stellen Sie auf der Steuerliste einen Antrag auf Rückübertragung. —
- G. 3. 100.** Nein. —
- Königsberg 17.** 1. Ein ärztliches Urteil oder eine Bescheinigung der Hebamme müßte dem Gehalt beigelegt werden. 2. Turmstr. 44. —
- C. 112.** Beim Bezirkskommando. —
- N. 17.** Der Sohn hat keinen Anspruch auf Anwartschaftenleistungen. —
- N. 100.** Nachmusterung kann erfolgen. —
- Germandine 23.** Das Gehalt müßte an den Rompaufsteher gerichtet werden. —
- N. 6. 51.** Nachmusterung kann noch erfolgen. —
- N. 20.** Fragen Sie bei der Vermählung des Ehepaars an. —
- G. 27. 430.** Beides ist gleich. Sie können nochmals gemeldet werden. —
- N. 80.** Der Antrag an das Bezirkskommando in Schöneberg, General-Pape-Straße, unter Darlegung Ihres Leidens würde unzuverlässig zur Folge haben, daß Sie nicht im Jahrlaale gemeldet werden. —
- N. 1. Lindenstraße.** Nein. —
- N. 6. 33.** Eine Nachmusterung kann noch erfolgen. —
- N. M.** Wir können Ihnen im Briefkasten keine andere Antwort geben. Wenn Sie Näheres wissen wollen, müssen Sie persönlich in die Sprechstunde kommen. —
- N. 8. 92.** Sie können freiwillig das Geld für die Prämienzahlung reserviert halten. Wenn Sie zum Heeresdienst eingezogen sind, sind Sie zur Steuerzahlung nicht verpflichtet. Stellen Sie einen Antrag auf Vereinerung oder Stundung des Schulgebüdes. Wenn dieser Antrag keinen Erfolg hat und die Kinder die Realhule wegen Rückzahlung nicht besuchen dürfen, sind sie natürlich zum Besuch der Gemeindegasse verpflichtet. Der Brief kann wegen Mißverständnisse die entscheidenden Sachen pfänden, sie aber während des Krieges nicht verkaufen. Mißverständnis wird bis zu 50 Proz. gemährt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwochmorgen. Abends und morgen vielwolbig und kühl. In den Tagesstunden ziemlich heiter und mäßig warm, aber veränderlich. Abends erhebliche Niederschläge.